

Rundbrief 1-2022

Brief der Geschäftsführerin

Veranstaltungen

- 4 Geschäftsstelle
- 6 Junge DGO
- 7 Zweigstellen

Publikationen

- 10 Zeitschrift OSTEUROPA
- 14 Ausgezeichnet! Karl-Wilhelm-Fricke Sonderpreis für OSTEUROPA
- 15 Zeitschrift OSTEUROPA-Recht
- 17 Länder-Analysen

Mitglieder

- 20 Protokoll der Mitgliederversammlung
- 24 Klaus-Mehnert-Preis
- 26 Veröffentlichungen
- 27 Personalien
- 28 Junge DGO

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

- 30 Personalien
- 32 Unterstützungsangebote für gefährdete Wissenschaftler*innen und Studierende aus der Ukraine, Belarus und Russland
- 34 Forum für historische Belarus-Forschung

Veranstaltungsberichte

- 36 Schlüsselland Tschechien: Politik und Gesellschaft in der Mitte Europas
- 39 Der Krieg in der Ukraine: Zwischen Kämpfen und Dialogversuchen
- 41 Der Krieg in der Ukraine: Wie steht es um die Rolle der Kirchen?
- 43 Die russische Invasion in die Ukraine: Perspektiven der historischen Sicherheitsforschung
- 48 Krieg in Europa: Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen

Impressum

Liebe Mitglieder,

der russische Angriff gegen die Ukraine hat Europa in einen Schockzustand versetzt. Die Zeitschrift OSTEUROPA hatte mit dem Heft „Kriegsreden aus Russland“ bereits im letzten Jahr Schlüsseltexte der russischen Kriegsrhetorik dokumentiert. Entsprechend groß ist die Nachfrage nach dieser und anderen Publikationen seit dem 24. Februar dieses Jahres. Mit den Ausgaben „Russlands Krieg gegen die Ukraine“ und „Auf ganzer Front“ legte die Redaktion in den letzten Monaten zwei weitere Hefte vor, die den Krieg und seine Folgen aus sehr unterschiedlichen Perspektiven beleuchten. Die Zeitschrift OSTEUROPA-Recht hat zudem auf der Website des Nomos-Verlags relevante Rechtstexte zum Krieg in deutscher Übersetzung veröffentlicht. Und die Länder-Analysen dokumentieren die Folgen des Kriegs für unterschiedliche Staaten in der Region.

Die Auswirkungen des Kriegs sind dabei nicht auf die Ukraine und Russland beschränkt. Dies machte die Jahrestagung der DGO unter dem Titel „Krieg in Europa“ deutlich. Der Krieg erschüttert die europäische Friedensordnung in ihren Grundfesten. Die Panels der Jahrestagung analysierten die (sicherheits-)politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen für Interdependenz und Entflechtung in Europa und darüber hinaus. Eine dreiteilige Veranstaltungsreihe in Kooperation mit dem Sonderforschungsbereich Dynamics of Security stellte außerdem unterschiedliche Aspekte des Kriegs wie die sicherheitspolitische Sprengkraft von Geschichtsbildern, Rechtfertigungsstrategien für militärische Intervention und die kriegsrelevante Bedeutung kritischer Infrastrukturen in einen historischen Kontext. Auch die Zweigstellen der DGO thematisierten die Hintergründe und Folgen des Kriegs in unterschiedlichen Veranstaltungen.

Der Krieg hat auch unmittelbare Folgen für die Wissenschaft sowie wissenschaftliche Kooperationen mit Osteuropa. Auf der Jahresversammlung in Bonn diskutierten die Mitglieder der DGO über die Auswirkungen des Kriegs auf die Forschung. Die Junge DGO erörterte insbesondere die Auswirkungen des Kriegs auf die Karrierewege junger Wissenschaftler*innen. Der Verbund deutscher Wissenschaftsorganisationen und wissenschaftsfördernder Institutionen kündigte unmittel-



Gabriele Freitag
Geschäftsführerin
DGO

bar nach Kriegsbeginn an, institutionelle Kooperationen mit Russland und Belarus einzustellen. Die DGO unterstützt diese Politik grundsätzlich. In einer gemeinsamen Stellungnahme mit dem Verband der Osteuropahistorikerinnen und -historiker erklärte die DGO aber sowohl ihre Unterstützung für Wissenschaft und Wissenschaftler*innen in der Ukraine als auch ihre Solidarität mit Wissenschaftler*innen in Russland und Belarus, die von ihren Regierungen politisch unter Druck gesetzt werden.

Die DGO hat in den letzten Monaten auch konkrete Schritte zur Unterstützung gefährdeter Wissenschaftler*innen unternommen. Gemeinsam mit dem Verein Akademisches Netzwerk Osteuropa / akno e. V. haben wir in der Politik und bei staatlichen Förderinstitutionen für mehr Mittel und flexiblere Strukturen zugunsten der Zielgruppe geworben. Das neue Projekt „Science at Risk“ des Vereins akno widmet sich genau dieser Aufgabe. Auf den nächsten Seiten können Sie sich über diese Initiative und alle weiteren Aktivitäten der DGO in der ersten Hälfte dieses Jahres informieren.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihre

A handwritten signature in black ink that reads "Gabriel Freitag". The signature is written in a cursive, flowing style.





Veranstaltungen

Geschäftsstelle: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
20. Januar, Berlin	OSTEUROPA – Heftvorstellung Schlüsselland Tschechien Politik und Gesellschaft in der Mitte Europas https://www.soundtier.com/tschechisches-zentrum-berlin/schlusselland-tschechien	Botschaft der Tschechischen Republik, Tschechisches Zentrum 
6. Februar–31. Mai, Berlin	Fotoausstellung Florian Bachmeier – IN LIMBO – Ukraine 2013–2021	Buchkunst Berlin, Volksbund, n-ost, Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden, Internationales Bildungs- und Begegnungswerk (IBB)
2. März, Berlin / hybrid	Podiumsdiskussion Der Krieg in der Ukraine – Alltag auf verschiedenen Seiten des Konflikts	Buchkunst Berlin, Volksbund, OWEN – Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung e.V.
17. März, online	Podiumsdiskussion Krieg in der Ukraine: Wie steht es um die Rolle der Kirchen? https://youtu.be/J5ISlcVJ_Rg	Katholische Akademie in Berlin 
1.–3. Juni, Berlin	Bildungsurlaub Zeitenwende in Europa Krieg in der Ukraine – Hintergründe und Herausforderungen	Europäische Akademie Berlin
9. Juni, Berlin	Podiumsdiskussion Europäische Klimapolitik im Schatten des Kriegs gegen die Ukraine	SPD Klimaforum
16.–17. Juni, Bonn / hybrid	Jahrestagung Krieg in Europa. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen https://dgo-online.org/kalender/berlin/2022/krieg-in-europa/	Deutsche Stiftung Friedensforschung 
1.–3. Juli, Jena	Tagung 29. Tagung Junger Osteuropa-Expert*innen (JOE)	Center für Governance und Kultur in Europa an der Universität St. Gallen, Imre Kertész Kolleg Jena, Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte, Institut für Kaukasiologie an der Universität Jena

Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
20. Juli, Berlin / hybrid	Projektvorstellung und Diskussion Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen der Klimapolitik in Russland	Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin; n-ost, klimareporter
<hr/>		
	Veranstaltungsreihe FORUM FÜR HISTORISCHE BELARUS-FORSCHUNG	Forum für historische Belarus-Forschung
26. April, online	Podiumsdiskussion The Role of Belarus in Russia's War against Ukraine: a Historian's Perspective https://youtu.be/kzjNfaTVgqY (englisch)	
17. Mai, online	Podiumsdiskussion Nach dem Krieg Das neue Leben nach 1945 und die Folgen der Gewalt https://youtu.be/lxv0RsZpPiw (englisch)	
10. Juni, online	Podiumsdiskussion Genozid-Geschichte per Gesetz Juristische Verfolgungspraktiken in der Republik Belarus 2022 https://youtu.be/vpETlujtCU	
<hr/>		
	Veranstaltungsreihe DIE RUSSISCHE INVASION IN DIE UKRAINE – PERSPEKTIVEN DER HISTORISCHEN SICHERHEITSFORSCHUNG	Sonderforschungsbereich 138 „Dynamics of Security“, Verband der Osteuropahistorikerinnen und -historiker
3. Mai, online	Podiumsdiskussion Geschichte als Sicherheitsdilemma www.dgo-online.org/kalender/berlin/2022/die-russische-invasion-in-die-ukraine-perspektiven-der-historischen-sicherheitsforschung/	
10. Mai, online	Podiumsdiskussion Sicherheit durch Intervention? www.dgo-online.org/kalender/berlin/2022/sicherheit-durch-intervention/	
17. Mai, online	Podiumsdiskussion Kritische Infrastrukturen und Sicherheit	

Junge DGO: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
27. Januar, online	#1hjungeDGOonWeb Nach den Unruhen in Kasachstan: Protest und Stabilität in Zentralasien	Christoph Strauch (Alamty) Vera Rogova (Bonn)
16. Februar, online	DGO Online-Kolloquium Der Klang des Imperiums. Musik und Identität in Tiflis/Tbilisi um 1900	Jonas Löffler (Köln)
30. März, online	DGO Online-Kolloquium How to frame your claim. Die Bedeutung wissenschaftlicher Expertise für die Staatsbildungsprozesse im östlichen Europa des 19. und frühen 20. Jahrhunderts – Eine Antragsskizze	Sven Jaros (Regensburg)
22. Mai, online	Open Mic Forschen in Zeiten des Krieges Die junge Osteuropaforschung und mögliche Konsequenzen für die Zukunft	Martin Aust (Bonn)
27. Juli, online	DGO Online-Kolloquium Identitätsbildung im Spannungsfeld von Gender und Emigration bei Irena Brežná und Eva Hoffman	Natalia Sobczuk (Berlin)

Regionalgruppen der Jungen DGO: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
Bamberg/Erlangen		
21.–22. Januar, Bamberg	Nachwuchsworkshop Crossing Disciplinary Boundaries: Junge Perspektiven auf Interdisziplinarität in der Osteuropaforschung	Alexander Libman (Berlin) In Kooperation mit der Regionalgruppe München
5. Juli, Erlangen / hybrid	Podiumsdiskussion Russische Aktivist*innen in Deutschland	Polina Apel (Stuttgart) Denis Shebov
Leipzig		
5. Juli 2022, Leipzig	Workshop Schreibworkshop zum Publizieren in wissenschaftlichen Journals mit Bezug zum östlichen Europa	Manfred Sapper, Sabine Rutar, Carna Brkovic, Ivana Dini, Hendrik Geiling, Paula Seidel

Zweigstellen: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
Bochum		
26. Januar, online	Vortrag Das Zukunftsbild der neuen Generation in Belarus, Russland und Ukraine	Anna Cherednichenko (Bonn) Ein Projekt der Boris Nemtsov Stiftung für die Freiheit
Dresden		
8. März, Dresden	Vortrag Aktuelle Entwicklungen in der russischen Rechtsordnung Umsetzung der Verfassungsreform und Stellung der Zivilgesellschaft	Antje Himmelreich (Regensburg)
11. April, Dresden	Podiumsdiskussion Wie verändert der Krieg unser Verständnis der russischen Kultur?	Gasan Gusejnov (Berlin) Marina Scharlaj (Dresden) Leonid Luk (Eichstätt-Ingolstadt)
2. Juni, Dresden	Podiumsdiskussion Polen nach Russlands Angriff auf die Ukraine: Geschichte und Gegenwart	Peter Oliver Loew (Darmstadt)
27. Juni, Dresden	Podiumsdiskussion Haben wir uns 30 Jahre lang in Russland geirrt? https://youtu.be/3qKx96j3qDs	Manfred Sapper (Berlin)
		
2. Juli, Dresden / hybrid	13. Bohemicum Dresdense Ein Jahrhundert Roboter – Karel Čapek: R.U.R (1920/1921)	
Gießen / Marburg		
28. März, online	Podiumsdiskussion Krieg in der Ukraine und humanitäre Hilfe	Katrin Göring-Eckardt (Berlin)
25. April, online	Vortrag Geschichtspolitik und Angriffskrieg Putins Einmarsch in die Ukraine	Martin Schulze Wessel (München)
5. Mai, Gießen	Vortrag Revolution in Belarus und Krieg in der Ukraine	Tatiana Shchytsova (Vilnius)
Göttingen / Kassel		
27. Juni, Göttingen	Podiumsgespräch Frauen im Krieg: Ukraine 2022	Katrin Boeckh (Regensburg / München) Viktoriya Sereda (Jena/Lviv) Tetiana Vodotyka (Göttingen/Kyjiw) Anna Kozyakova (Göttingen)

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
Hamburg		
6. Juli, Hamburg	Podiumsdiskussion Schauplatz Ukraine Geschichte, Politik und Kultur	Manfred Sapper (Berlin) Sergiy Kudelia (Basel) Kateryna Mishchenko (Kyjiw/ Berlin)
Jena		
1. Juli, Jena	Podiumsdiskussion Beyond neutrality: Dialogic reflections on the aspect of positionality in contemporary area studies	Ulrike Ziemer (Winchester) David Leupold (Berlin) Elisa Satjukow (Leipzig)
Mainz		
8. März, online	Vortrag Putins Krieg gegen die Ukraine Eine historische Einordnung	Jan Kusber (Mainz)
München		
28. April, München	Vortrag Open Borders and their Consequences European Free Movement and its Discontents	Jannis Panagiotidis (Wien)
29. April, München	Autorinnenlesung Porträts	Olga Stehlíková (Prag)
Oldenburg		
28. März, Oldenburg	Gespräch In Zeiten des Krieges	Katja Petrowskaja (Berlin)
Regensburg		
4. Mai, Regensburg	Vortrag Parlamentswahl in Ungarn – Erfahrungen einer Wahlbeobachterin	Judit Udvaros (Budapest)
Tübingen		
2. Mai, Tübingen	Vortrag Politics of decommunisation and memory from below Ukrainian internally displaced persons after 2014 and their changing narratives of the past	Viktorya Sereda (Lviv / Jena)
13. Juni, Tübingen	Vortrag „Zemlia pomnit“: Zeugnisse des Vernichtungskrieges gegen die belarusische Bevölkerung	Anika Walke (St. Louis / Jena)



Publikationen

OSTEUROPA



„Russlands Krieg gegen die Ukraine. Propaganda, Verbrechen, Widerstand“ lautet der Titel von Band 1–3/2022 der OSTEUROPA. Im Mittelpunkt stehen völkerrechtliche Analysen des russländischen Angriffskrieges, des Völkermords in Mariupol sowie der Frage, ob Russlands Führung strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden kann. Karl Schlögel und Gerd Koenen analysieren die Zäsur, die der Krieg für Europa und die deutsche Russlandpolitik bedeutet. Thomas Bremer untersucht die Haltung der Kirchen zum Ukrainekrieg, andere Beiträge widmen sich dem ukrainischen Widerstand und der historischen Ukraineforschung. Roland Götz untersucht die Wirkung der Sanktionen gegen Russland. Im Schatten des Kriegs gegen die Ukraine führt das Putin-System einen Krieg gegen die eigene Zivilgesellschaft, wie OVD-Info detailliert nachweist. Ein umfangreicher Dokumentationsteil mit den wichtigsten Reden der Präsidenten Putin und Zelens'kyj rundet den Band ab.

Der Band umfasst 336 Seiten, 67 Abbildungen und 2 Karten. DGO-Mitglieder können ihn für 20,00 € (statt 28,00 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

Inhalt

EDITORIAL

Krieg als Zäsur

Karl Schlögel

Die Ukraine als Kairos

Die Ordnung im Kopf und die Unordnung der Welt

Gerd Koenen

Russland gründlich entzaubert

Vom Ende eines deutschen Komplexes

VÖLKERRECHT

Christian Tomuschat

Russlands Überfall auf die Ukraine

Der Krieg und die Grundfragen des Rechts

Angelika Nußberger

Tabubruch mit Ansage

Putins Krieg und das Recht

Otto Luchterhandt

Völkermord in Mariupol'

Russlands Kriegsführung in der Ukraine

Stefanie Bock

Potentiale und Grenzen

Das Völkerstrafrecht im Ukrainekrieg

Simon Gauseweg

Recht gegen Krieg

IGH: Russland muss Krieg gegen Ukraine einstellen

REDEN DER PRÄSIDENTEN RUSSLANDS UND DER UKRAINE

„Wir erkennen die Volksrepubliken an“

Rede von Vladimir Putin, 21.2.2022

Dokumentation

„Hören Sie auf die Stimme der Vernunft“

Volodymyr Zelens'kyj an die Bürger Russlands, 23.2.2022

Dokumentation

„Unser Vorgehen dient der Selbstverteidigung“

Rede von Vladimir Putin, 24.2.2022

Dokumentation

„Es ist Krieg... Ihr entscheidet, wer Ihr seid“
 Volodymyr Zelens'kyj an die Belarussen, 27.2.2022
 Dokumentation

„Die Ukrainer stehen für Unbesiegbarkeit“
 Rede von Volodymyr Zelens'kyj, 2.3.2022
 Dokumentation

Jeder Schuss auf die Ukraine zerstört Russland
 Rede von Volodymyr Zelens'kyj, 15.3.2022
 Dokumentation

Die Ukraine, die Sanktionen und die Lage
 Rede von Vladimir Putin am 16.3.2022
 Dokumentation

Über Fakes und wahre Geschichte
 Dmitrij Medvedev am 5.4.2022
 Dokumentation

VERLAUF, SZENARIEN, FOLGEN

Aleksandr Gol'c
 Der Krieg ist ein gnadenlos ehrlicher Mann

Andreas Heinemann-Grüder
 Sieg, Auszehrung, Regimezerfall
 Drei Szenarien des Krieges

Eliot A. Cohen
 Die Ukraine gewinnt den Krieg...
 Und der Westen will es nicht erkennen

Thomas Bremer
 Zeit der Wirren
 Die Kirchen und der Ukrainekrieg

Roland Götz
 Sanktionen und Reaktionen
 Auswirkungen auf die Wirtschaft Russlands

EU-Sanktionen gegen Russland
 Ein Überblick
 Dokumentation

UN-Generalversammlung suspendiert Russlands Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat
 Dokumentation

Farida Rustamova
 Ein langgezogenes „F*ck“
 Russlands politische Elite und der Krieg, Teil I

Farida Rustamova
 Wir werden sie alle f*****!
 Russlands Eliten und der Krieg, Teil II

OVD-Info
 Repression, Zensur, Haft
 Russland unterdrückt Antikriegsproteste

Arkadiusz Łuba
 Putler, Putinna und der Tod
 Russlands Ukraine-Krieg in der Karikatur

Frank Grelka
 Der ukrainische Widerstand
 Geschichte, Erinnerung, Gegenwart

Fabian Baumann
 Von Krieg zu Krieg
 Historische Ukraineforschung seit 2014

André Härtel
 Fragmentiert, instabil, plural
 Das politische System der Ukraine vor dem Krieg



In OSTEUROPA 4–5/2022 „Auf ganzer Front. Russlands Krieg: Friktionen und Folgen“ fragt Jörn Leonhard, ob dieser Krieg historische Analogien kennt oder eine Zäsur ist; der Agrarökonom Stephan von Cramon-Taubadel beleuchtet die Folgen für die globale Ernährungssicherheit. Lev Gudkov erklärt in einem furchtlosen Text, wie das Putin-Regime die Bevölkerung hinter sich schart und weshalb es die Faschismuskeule schwingt. Nikolay Mitrokhin analysiert den Bruch der Orthodoxie in der Ukraine. Zwei Dokumente illustrieren die geistige Mobilmachung: der Direktor der Eremitage sieht Russlands Museen und Künste in einer „Spezialoperation“ und Putins Rede ist ein Zeugnis magischen Sprechens. Er beschwört eine Realität, die nicht da ist, um sie zu schaffen. Mehrere Beiträge beleuchten die Auswirkungen der Sanktionen. Analysen zum erneuten Wahlsieg des Fidesz in Ungarn und des Orbánschen Balanceakts in der Sanktionsfrage und Russlandpolitik runden den Band ab.

Der Band hat 192 Seiten, 35 Abbildungen und 6 Karten. Er kostet 18,00 €. DGO-Mitglieder können ihn für 12,00 € (zzgl. Versand) bestellen.

Inhalt

Jörn Leonhard

Die Grenzen der Analogien.
Der Krieg in der Ukraine als historische Zäsur

Stephan von Cramon-Taubadel

Krieg produziert Hunger
Die Folgen der russländischen Invasion für die ukrainische Landwirtschaft und die globale Ernährungssicherheit

Lev Gudkov

Phasen der Gewöhnung
Russlands Krieg im Meinungsbild der Bevölkerung

*„Die herrschenden Klassen der westlichen Länder sind ihrem Wesen nach übernational und globalistisch“
Rede von Vladimir Putin, 7.7.2022
Dokumentation*

*„Man muss auf der Seite seines Landes stehen“
Eremitage-Direktor Michail Piotrovskij im Gespräch
Dokumentation*

Il'ja Venjavkin

Der De-Ukrainisator
Timofej Sergejcev: „Methodologe“, Polittechnologe, Kriegspropagandist

Nikolay Mitrokhin

Endgültig zerbombt
Die Scheidung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche und der Russischen Orthodoxen Kirche

Alexander Libman

Der lange Weg ins Abseits
Die Auswirkungen der westlichen Sanktionen auf Russlands Volkswirtschaft

Natal'ja Zubarevič

Die Auswirkungen der Sanktionen auf Russlands Regionen
Das Beispiel Krasnojarsk

Aleksandr Kynev

Zerfall des Imperiums?
Warum Russland nicht der Sowjetunion folgt

Kai Olaf Lang

In Turbulenzen
Die Auswirkungen des Kriegs gegen die Ukraine auf das
Verhältnis von Polen und Ungarn zur EU

Jens Hildebrandt

Solidarität, Integration, Konflikt
Ein Gespräch über die Aufnahme von Geflüchteten aus
der Ukraine in Deutschland

Ellen Bos

Macht zementiert
Orbán's Fidesz gewinnt die Wahlen in Ungarn

András Rácz

Krieg, Kurswechsel, Kontinuität
Ungarns Ukraine- und Russlandpolitik

Franziska Sandkühler

Identität und Konflikt
Polnische Tataren und religiöse Pluralisierung

Ausgezeichnet!

*Fricke-Preis für OSTEUROPA
Dokumentation*

Jan C. Behrends

„OSTEUROPA-Leser wissen mehr!“
Laudatio zur Verleihung des Fricke-Preises

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der
Lieferadresse per Mail an osteuropa@dgo-online.org
oder teilen Sie uns Ihre Bestellung telefonisch mit:
030 / 30 10 45 -81 /-82.

Ausgezeichnet! Karl-Wilhelm-Fricke Sonderpreis für OSTEUROPA

Jährlich verleiht die Bundesstiftung Aufarbeitung den Karl-Wilhelm-Fricke-Preis an Personen, Publikationen und Institutionen, die sich für Freiheit, Demokratie und Zivilcourage engagieren. In diesem Jahr wurde neben der Menschenrechtsorganisation MEMORIAL INTERNATIONAL auch die Zeitschrift OSTEUROPA ausgezeichnet. Sie erhielt den Sonderpreis.

„Wir begreifen diese Auszeichnung als Anerkennung der Leistung unserer Autorinnen und Autoren aus Ostmittel- und Osteuropa sowie als Verpflichtung, den Dialog mit ihnen auch unter den erheblich schwierigeren Bedingungen von heute fortzusetzen“, so Chefredakteur Manfred Sapper.

Die Jury begründet die Auszeichnung unter anderem damit, dass die OSTEUROPA wie keine zweite Publikation in Deutschland „Analysen und Hintergrundinformationen zur Gegenwart und Geschichte des östlichen Europas“ liefert. Gleichzeitig rühmt sie die internationale Wirkung der Zeitschrift.

Bei der Preisverleihung, die im Juni parallel zur Mitgliederversammlung der DGO stattfand, hielt Jan Claas Behrends von der Europa-Universität Viadrina die Laudatio und lobte neben der Multiperspektive der Zeitschrift auch ihre „Interdisziplinarität und Internationalität, die Diversität und Kompetenz der Autorinnen und Autoren und ihrer Beiträge“. Ganz im Sinne des Namensgebers des Preises hätten Zeitschrift und Redaktion „eine unabhängige, unbestechliche und zuweilen unbequeme Agenda. OSTEUROPA stand und steht auf der Seite der Gesellschaften und nicht der Machthaber. Stets beziehe die Redaktion „eine klare Position für Freiheit und Demokratie in der Region und gab oft denjenigen eine Stimme, die in ihrer Heimat mundtot gemacht werden sollten“.

Diese Haltung ist auch die Grundlage für die enge Beziehung zur russischen Menschenrechtsorganisation MEMORIAL INTERNATIONAL, die in diesem Jahr den



Manfred Sapper

Hauptpreis erhielt. Seit 1988 setzt sich diese für die Aufarbeitung der Verbrechen der kommunistischen Diktatur sowie für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in Russland ein. Für die OSTEUROPA sei die gemeinsame Auszeichnung ein „Anlass zu Freude und Stolz, aber auch zu Wehmut und Verbitterung“, so Manfred Sapper, denn das Putin-Regime hat die Organisation im Winter 2021 verboten: „Umso wichtiger ist dieses internationale Zeichen der Solidarität und Unterstützung!“

Neben MEMORIAL INTERNATIONAL und der OSTEUROPA wurden die Produzenten des Podcasts „Horchpost DDR“ ausgezeichnet.

Der nach dem Publizisten Karl Wilhelm Fricke benannte Preis wurde 2017 durch eine Spende des Mediziners, Autors und ehemaligen Fluchthelfers Burkhard Veigel ermöglicht. Der Jury unter Leitung der ehemaligen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Marianne Birthler gehören neben Altbundespräsident Horst Köhler die russische Menschenrechtlerin Irina Scherbakova, der Schriftsteller Marko Martin, der Preisspender Burkhard Veigel und die Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung Anna Kaminsky an.

Im Rahmen der Preisverleihung ist ein Video über die OSTEUROPA entstanden: <https://youtu.be/L2FigWotN6M>



OSTEUROPA-Recht



Das Themenheft 1/2022 befasst sich mit dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, der so genannten „Istanbul-Konvention“ in Mittel- und Osteuropa. Wie keine andere Konvention des Europarats war die „Istanbul-Konvention“ in den vergangenen Jahren erheblichem Widerstand ausgesetzt. Dieser Widerstand war in den Staaten Mittel- und Osteuropas besonders stark. Das Heft fragt nach den regionalen Besonderheiten einer globalen Entwicklung. Es wird untersucht, wie das nationale Recht und insbesondere die Verfassung genutzt werden, um dem Völkerrecht vermeintliche „traditionale Werte“ entgegen zu setzen. Außerdem werden Alternativen zur „Istanbul-Konvention“, wie der Entwurf der „Konvention über die Rechte der Familie“ des rechtskonservativen *Ordo Iuris* Instituts in Polen, beleuchtet. Unabhängig von der mit rechtlichen Mitteln ausgetragenen politischen Kontroverse um die Konvention wird aber auch gefragt, wie die Ziele der Konvention im einfachen Recht umgesetzt werden.

Inhalt

Caroline von Gall, Introduction

The Istanbul Convention in Central and Eastern Europe

Jacqueline Melzer

Das rechtliche Konzept von gender in der Istanbul Konvention: Meilenstein oder Kampfbegriff?

Monika Płatek

Gender and Inferiority Stereotype of Women – The Polish Dilemma in the Implementation of the Istanbul Convention

Tímea Drinóczi, Lídia Balogh

The (non)-Ratification of the Istanbul Convention by Hungary: Lessons to be Learned

Georgeta Nazarska

The “Defense Alliance” and Religious Communities versus the “Gender”: The “Bulgarian Case” (2010–2020s)

Radosveta Vassileva

A Perfect Storm: The Extraordinary Constitutional Attack against the Istanbul Convention in Bulgaria

Kristina Mühlbauer

The Istanbul Convention and the Latvian Constitutional Court

Maja Munivrana, Martina Bosak

The Implementation of the Istanbul Convention in Croatia – Legal and Institutional Challenges

Anna Novitskaya

Die Strafbarkeit der häuslichen Gewalt im russischen Recht

Marianna Murayeva

Russia and the Istanbul Convention: Domestic Violence Legislation and Cultural Sovereignty

Ivana Marković

The Approach of Serbia to Substantial Criminal Law Issues from the Istanbul Convention – The Good and the Bad

Friederike Erk

The Convention on the Rights of the Family – Real Alternative or “Fake Convention”?

Dokumentation

The Constitutional Court of Bulgaria on the Incompatibility of the Istanbul Convention with the Constitution, Decision № 13, Sofia, June 27, 2018

Aus Justiz und Rechtsprechung in Osteuropa

UNGARN: Verfassungsgerichtsurteil 29/2021. (XI. 10.) AB über die Verfassungswidrigkeit der unrichtigen Anwendung einfachen Rechts durch die Fachgerichte (Herbert Küpper)

Verfassungsgerichtsurteil 32/2021. (XII. 20.) AB über die Grenzen der ungarischen Integrationsgewalt (Herbert Küpper)

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an den Nomos-Verlag: abo@nomos.de.

Einzelhefte der OSTEUROPA-Recht kosten 21,00 Euro, ein Jahresabonnement kostet 98,00 Euro (für Mitglieder der DGO 79,00) zzgl. Versandkosten.

Länder-Analysen

Die DGO ist Mitherausgeberin eines Verbunds von Länder-Analysen, die aktuelle Analysen, Fakten und Chroniken der Entwicklungen in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien bieten.

Alle Analysen sind unter www.laender-analysen.de kostenlos zugänglich.



Belarus-Analysen

Nr. 59 (22.03.2022)

[Der Krieg in der Ukraine: Belarusische Dimension](#)

Nr. 60 (27.05.2022)

[Krieg in der Ukraine: Soziologie und Medien in Belarus](#)

Polen-Analysen

Nr. 286 (25.01.2022)

[Polnische Positionen gegenüber der Migrationskrise an der polnisch-belarussischen Grenze](#)

Nr. 287 (01.02.2022)

[Polen und die Militarisierung der Oblast Kaliningrad](#)

Nr. 288 (15.02.2022)

[Die Posexit-Debatte](#)

Nr. 289 (01.03.2022)

[Die Lage der politischen Opposition in Polen
Parteipräferenzen und Politikerrankings](#)

Nr. 290 (15.03.2022)

[Polen und der Krieg in der Ukraine](#)

Nr. 291 (05.04.2022)

[Die Krise der katholischen Kirche](#)

Nr. 292 (11.05.2022)

[Polen und der Krieg in der Ukraine](#)

Nr. 293 (18.05.2022)

[Verteidigung und Sicherheit](#)

Nr. 294 (08.06.2022)

[Polen als Exilland der belarussischen Opposition](#)

Nr. 295 (22.06.2022)

[Deutsch-polnische Beziehungen nach dem
Regierungswechsel in Berlin](#)

Nr. 296 (06.07.2022)

[Politische Rhetorik in der Öffentlichkeit](#)

Russland-Analysen

Nr. 412 (28.01.2022)

[Wirtschaftsbeziehungen im Fernen Osten](#)

Nr. 413 (15.02.2022)

[Politische Rhetorik des Präsidenten und der Staatsduma](#)

Nr. 414 (22.02.2022)

[Aufmarsch an der Grenze der Ukraine](#)

Nr. 415 (08.03.2022)

[Kosaken](#)

[Ukraine-Krieg als Produkt des politischen Systems](#)

Nr. 416 (08.03.2022)

[Dossier: Krieg in der Ukraine](#)

Nr. 417 (21.03.2022)

[Sicherheitspolitik](#)

Nr. 418 (19.04.2022)
Steuerung der öffentlichen Meinung
Sanktionen

Nr. 419 (06.05.2022)
Deutschland und der Krieg
(zusammen mit Ukraine-Analysen)

Nr. 420 (19.05.2022)
Emigration, Exil, Flucht

Nr. 421 (24.06.2022)
Regimedynamiken

Nr. 422 (15.07.2022)
Wissenschaftsfreiheit

Ukraine-Analysen

Nr. 259 (10.01.2022)
Erfolg durch Betriebsgröße und Marktkonzentration?
Agrarstrukturentwicklung in der Ukraine

Nr. 260 (03.02.2022)
Einstellungen junger Ukrainer:innen zur sowjetischen
Vergangenheit
Öffentliche Meinungen zur Sowjetunion in der
Dekommunisierungspolitik

Nr. 261 (14.02.2022)
Bewaffneter Konflikt in der Ostukraine
Lage in den nicht von der Ukraine kontrollierten Gebieten

Nr. 262 (22.02.2022)
Russlands aggressive Ukraine-Politik
Deutschland im Russland-Ukraine Konflikt
Konfliktlösung in der Sackgasse

Nr. 263 (14.03.2022)
Russlands Angriff auf die Ukraine
Kosaken

Nr. 264 (22.03.2022)
Dossier: Krieg in der Ukraine

Nr. 265 (28.03.2022)
Russlands Angriffskrieg
Friedensverhandlungen
Selenskyjs Rede im Bundestag

Nr. 266 (11.04.2022)
Selenskyjs vs. Putins Rhetorik
Gesellschaftlicher Widerstand
Deutschlands Blick auf die Ukraine
Selenskyjs Erfolge
Ukrainische Verhandlungsposition
Russische Kriegsverbrechen

Nr. 267 (03.05.2022)
Cyber-Operationen
Digitalisierung

Nr. 268 (06.05.2022)
Deutschland und der Krieg
(zusammen mit Russland-Analysen)

Nr. 269 (01.06.2022)
Flucht vor dem Krieg
Zukunft der Ukraine-Forschung
Auswirkungen des Krieges auf die Bildung
Kriegsgeschehen in der Ukraine

Nr. 270 (23.06.2022)
Krieg, Geschichte und Erinnerungskultur
Asow-Regiment
Stepan Bandera

Nr. 271 (14.07.2022)
Krieg und Wohnungsmarkt
EU-Kandidatenstatus

Nr. 272 (21.07.2022)
Kriegsverbrechen
Kriegsgeschehen

Zentralasien-Analysen

Nr. 151 (25.02.2022)

Kasachstans Weg der Denuklearisierung
Januar-Unruhen in Kasachstan
Parlamentswahl in Kirgistan

Nr. 152 (20.06.2022)

Zentralasien während des russischen Angriffskrieges
gegen die Ukraine
Frugale Innovationen im Gesundheitswesen Usbekistans
Präsidentchaftswahl in Turkmenistan

No. 282 (13.04.2022)

Russian Information Warfare

No. 283 (14.04.2022)

Political and Economic Consequences of Russia's War
against Ukraine

No. 284 (10.06.2022)

Energy and War

No. 285 (30.06.2022)

Economic Dysfunctionalities

Russian Analytical Digest

No. 275 (17.02.2022)

Russia's Role in the Contemporary International Agri-
Food Trade System

No. 276 (18.02.2022)

Russian Military Build-Up Around Ukraine – Part 1

No. 277 (23.02.2022)

Russian Military Build-Up Around Ukraine – Part 2

No. 278 (01.03.2022)

Russia's Invasion of Ukraine: First Assessments and
Geopolitical Implications

No. 279 (11.03.2022)

Russia and Afghanistan after the withdrawal of the USA
and its allies

No. 280 (21.03.2022)

Sanctions against Russia
Russia's war on Ukraine on social media

No. 281 (29.03.2022)

Political Regime Stability
Universities
Agriculture

Mitglieder

Protokoll der Mitgliederversammlung

am Donnerstag, 16. Juni 2022 von 14.30 bis 17.30 Uhr
im Gustav-Stresemann-Institut e.V., Langer
Grabenweg 68, 53175 Bonn und online per Zoom

Protokoll: Gabriele Freitag

1. Begrüßung und Verabschiedung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 25. März 2021

Der Präsident der DGO, Ruprecht Polenz, begrüßte die anwesenden Personen im Sitzungsraum und die digital zugeschalteten Mitglieder. Er wies einleitend darauf hin, dass neben der Covid-19 Pandemie, die noch immer nicht überstanden sei, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine eine weitere Zäsur und für die DGO eine große Herausforderung darstelle, über die im Laufe der Versammlung zu diskutieren sei.

Er stellte fest, dass die Einladung zur Mitgliederversammlung fristgemäß an die Mitglieder versandt wurde und fragte, ob es Änderungswünsche gibt. Dies war nicht der Fall.

Anschließend bat er um ein kurzes Gedenken an die verstorbenen Mitglieder der Gesellschaft:

- **Reinhard Fischer**,
verstorben am 14. Oktober 2020
- **Prof. Dr. Swietlana Czerwonnaja**,
verstorben am 9. November 2020
- **Dr. Karel Vodička**,
verstorben am 9. Februar 2021
- **Gisela Fischer**,
verstorben am 11. August 2021
- **Dr. Klaus Schrameyer**,
verstorben am 15. Dezember 2021
- **Dr. Christine Gölz**,
verstorben am 22. Februar 2022

- **Prof. Dr. Horst Förster**,
verstorben am 21. April 2022
- **Prof. Dr. Hannes Adomeit**,
verstorben am 25. April 2022.

Im Anschluss daran bat Ruprecht Polenz um die Verabschiedung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung, das im Rundbrief 1/2021 der DGO veröffentlicht wurde. Es gab keine Änderungswünsche seitens der Mitglieder.

2. Tätigkeits- und Finanzbericht für das Jahr 2021

Die Geschäftsführerin Gabriele Freitag berichtete über die wichtigsten Veranstaltungen sowie über weitere Aktivitäten der DGO im vergangenen Jahr. Die Tätigkeit der Belarusisch-Deutschen Geschichtskommission wurde im Sommer 2021 eingestellt, da aufgrund der repressiven Politik in Belarus eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem belarusischen Partner, der Nationalen Akademie der Wissenschaften Belarus, nicht mehr möglich war. Anstelle der Geschichtskommission wurde inzwischen das „Forum für historische Belarusforschung“ etabliert. Die DGO engagierte sich im vergangenen Jahr außerdem gemeinsam mit anderen Partnern für politisch gefährdete Wissenschaftler*innen und Studierende aus Belarus und warb im politischen Umfeld für bessere Förderstrukturen für gefährdete Wissenschaftler*innen aus Osteuropa. Der Erfolg dieser Lobbyarbeit zeigte sich im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung, in der die Zielgruppe explizit als unterstützungswürdig aufgeführt wurde. Die Mitgliederstatistik der DGO entwickelte sich auch

im Jahr 2021 weiterhin sehr positiv. Zum 31.12.2021 verzeichnete die DGO insgesamt 971 Mitglieder.

Die Sprecher*innen der Jungen DGO, Johannes Kleinmann und Annemarie Polheim berichteten über die Aktivitäten der Jungen DGO. Die Arbeitsgruppe Veranstaltungen hat inzwischen unterschiedliche Veranstaltungsformate entwickelt, die im vergangenen Jahr weiter ausgebaut wurden. Die Arbeitsgruppe Mentoring konnte im dritten Mentoringturnus 25 neue Tandems aus Mitgliedern der Jungen DGO und berufserfahrenen Personen zusammenbringen. Neu eingerichtet wurde die Arbeitsgruppe Diversität. Die Arbeitsgruppe versteht sich als Anlaufstelle für persönliche Belange von Mitgliedern, die Diskriminierung erfahren. Gleichzeitig will sie auf institutioneller Ebene demokratische und transparente Strukturen innerhalb der Jungen DGO fördern. Neben den Arbeitsgruppen entwickelten auch die fünf Regionalgruppen der Jungen DGO weitere Aktivitäten.

Der Redakteur Volker Weichsel berichtete über die Publikationen der Zeitschrift OSTEUROPA. Er verwies darauf, dass die Zeitschrift den drohenden russischen Angriff auf die Ukraine bereits im Jahr 2021 in mehreren Ausgaben analysierte. Neben den neuesten Ausgaben informiert der Blog der Zeitschrift über unterschiedliche Entwicklungen mit Bezug auf das Kriegsgeschehen. Zur Frankfurter Buchmesse im Herbst 2022 wird die Zeitschrift ein Themenheft zu Kultur und Gesellschaft in der Ukraine herausbringen.

Die Schriftleiterin der Zeitschrift OSTEUROPA-Recht, Caroline von Gall, berichtete über die Herausgeber-tätigkeit im vergangenen Jahr. Außerdem verwies sie auf das bald erscheinende Heft über den Umgang mit der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt in unterschiedlichen Staaten im östlichen Europa. Durch die Rechtfertigung des russischen Kriegs gegen die Ukraine als Kampf gegen westliche Werte erhalte die Konvention neue Sprengkraft.

Die Geschäftsführende Vorständin Sabine Fischer trug den Finanzbericht für das vergangene Jahr vor. Sie wies auf die erfreulichen Mehreinnahmen bei Mitgliedsbei-

trägen und aus dem Erlös der Zeitschrift OSTEUROPA hin. Die höheren Ausgaben der Zeitschrift konnten auch durch pandemiebedingte Einsparungen bei den Veranstaltungen kompensiert werden.

3. Bericht der von der Mitgliederversammlung bestellten Rechnungsprüfer für das Haushaltsjahr 2021

Grundlage des Berichts war die Rechnungsprüfung durch Christian Meier und Manuela Troschke am 5. Mai 2022 in der Geschäftsstelle der DGO. Manuela Troschke trug den Bericht der Rechnungsprüfer vor und stellte fest, dass die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel in Übereinstimmung mit dem Zweck der Gesellschaft sowie eine sachgerechte Verbuchung und transparente Dokumentation der Ein- und Ausgaben erfolgt seien. Die Rechnungsprüfer hoben die Einwerbung von Spenden für die akademische Initiative Belarus zugunsten gefährdeter Wissenschaftler*innen in und aus Belarus besonders hervor. Außerdem wiesen sie auf die rege Publikationstätigkeit der DGO hin. Die Rechnungsprüfer schlugen die Entlastung des Vorstands vor.

4. Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht

Ruprecht Polenz forderte die Mitglieder zur Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht auf. Es gab keine Fragen oder Kommentare

5. Entlastung des Vorstands

Die Entlastung des Vorstands wurde bei Enthaltung des Vorstands einstimmig beschlossen.

6. Bestellung der Rechnungsprüfer für das Haushaltsjahr 2022

Ruprecht Polenz teilte mit, dass Christian Meier und Manuela Troschke bereit sind, auch für das Jahr 2022 die Rechnungsprüfung zu übernehmen. Die Mitglieder wählten Christian Meier und Manuela Troschke bei Enthaltung der Rechnungsprüferin einstimmig zu den Rechnungsprüfer*innen für das Haushaltsjahr 2022.

7. Öffentlichkeitsarbeit der DGO

Ruprecht Polenz informierte die Mitglieder darüber, dass das Auswärtige Amt im Jahr 2021 einer Umsetzung der Aufstockung des Stellenplans der DGO zustimmte und damit eine zusätzliche Stelle für Öffentlichkeitsarbeit mit einem Umfang von 80% eingerichtet werden konnte. Der neue Referent Sebastian Lambertz stellte sein Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit der DGO vor.

Als Schwerpunkte seiner Arbeit nannte er die Kommunikation nach außen, nach innen in die Gesellschaft hinein sowie die Medienarbeit. Kurzfristig solle damit die Aufmerksamkeit für die DGO erhöht werden, mittelfristig die Kompetenz der DGO als Netzwerk sichtbar gemacht werden und langfristig die DGO als zentrale Ansprechpartnerin für Expertise über das östliche Europa platziert werden.

8. Fachgruppen und Fachtagungen

Im Jahr 2021 veranstaltete die DGO die folgenden vier Fachtagungen: Die Fachtagung Religion zum Thema „Anti-Genderism in Central and Eastern Europe – A Question of Religion?“ fand am 21. und 22. April online statt. Die Fachtagung Politik und Sozialwissenschaften zum Thema „The New Belarus: Societal Change, Regime Repression, and Western Reactions“ fand am 6. und 7. Oktober als hybride Veranstaltung am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien in Berlin und online statt. Die Fachtagung Geschichte zum Thema „Gesundheitspolitik und Public Health im östlichen Europa in historischer Perspektive“ fand am 20. und 21. Oktober online statt. Die Fachtagung Literatur- und Kulturwissenschaft zum Thema „Jenseits der Nostalgie. Vom Umgang mit der Vergangenheit in den postsozialistischen Literaturen“ fand am 11. und 12. November hybrid am Zentrum für vergleichende Literaturwissenschaft in Berlin und online statt.

Gabriele Freitag verwies abschließend darauf, dass die DGO am 6. und 7. Oktober 2022 anstatt einzelner Fachtagungen in Kooperation mit dem Osteuropa-Institut der Freien Universität einen interdisziplinären Kongress mit Plenumsveranstaltungen und sieben parallelen Sektionen veranstalten wird.

9. Jahrestagung 2023

Ruprecht Polenz informierte darüber, dass die Jahrestagung der DGO im Jahr 2023 in Berlin stattfinden wird. Da die Pandemie noch nicht überwunden ist, soll auch die nächste Tagung im Juni stattfinden. Das Thema steht noch nicht fest.

10. Bedarfsanalyse Osteuropaforschung

Susann Worschech, Mitglied im Vorstand, berichtete über die Ergebnisse einer Bedarfsanalyse zu Osteuropaexpertise, die sie zusammen mit Studierenden der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) durchführte. Im Vordergrund stand die Frage, welche Art von Osteuropa-Expertise in Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Medien, Kultur und Wissenschaft benötigt wird. Die Ergebnisse fielen für die einzelnen Bereiche sehr unterschiedlich aus. Generell ließ sich feststellen, dass die Beschäftigung mit Osteuropa an Attraktivität verloren hat und mangelnde Sprachkenntnisse ein wachsendes Problem darstellen. Nach wie vor sind die Wissensdefizite im Hinblick auf den Kaukasus und Zentralasien besonders groß. Selbst für Regionen, zu denen viel geforscht wird, fehle es aber an Orientierungswissen. Die große Herausforderung für die Osteuropawissenschaften bestehe darin, konjunkturunabhängige Forschung zu betreiben und trotzdem Antworten auf gegenwartsbezogene relevante Fragen zu bieten.

11. Auswirkungen des russischen Kriegs gegen die Ukraine auf die Osteuropawissenschaften

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat unmittelbare Auswirkungen auf die Osteuropawissenschaften. Jan Kusber, Vizepräsident der DGO fasste die wichtigsten Folgen für die Geisteswissenschaften zusammen. Forschungsprojekte mit Russland und Belarus werden ausgesetzt, was sich auch auf wissenschaftliche Kontakte auf individueller Ebene auswirkt. Forschung zu der Region wird damit erschwert. Schon jetzt ist absehbar, dass sich dies auch auf die Auswahl von Dissertationsprojekten mit Osteuropabezug auswirkt und perspektivisch die Zahl von Studierenden noch weiter zurückgehen wird.

Gwendolyn Sasse, Mitglied des Vorstands, erläuterte die Folgen für die Sozialwissenschaften. Auch sie sah die große Herausforderung für die Wissenschaften darin, das Interesse an der Region wachzuhalten. Dabei sei es nicht Aufgabe der Wissenschaften, Prognosen für weitere Entwicklungen zu liefern. Sasse plädierte aber dafür, die Osteuropawissenschaften in Deutschland nicht nur defizitär zu diskutieren und die politische Situation auch als Chance dafür zu begreifen, das östliche Europa differenzierter zu betrachten. Die Expertise geflüchteter Wissenschaftler*innen sollte stärker genutzt werden. Außerdem sei es eine wichtige Aufgabe der Osteuropawissenschaftler*innen, die Beschäftigung mit der Region stärker in den Mutterdisziplinen zu verankern. So sollten vergleichende Einführungsveranstaltungen für Studierende das östliche Europa immer mit in den Blick nehmen.

Anne Kluger berichtete als Vertreterin der Jungen DGO über die Auswirkungen des Kriegs auf die Karrierewege junger Wissenschaftler*innen. Weil Forschungszugänge zunehmend erschwert seien, sei die fachliche Betreuung wissenschaftlicher Arbeiten jetzt besonders wichtig. Notwendig seien außerdem Hilfsfonds oder Sonderprogramme, die es jungen Wissenschaftler*innen ermöglichen, ihr Forschungskonzept an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Auch Weiterbildungen im Bereich der Wissenschaftskommunikation seien wichtig, um Wissenschaftler*innen zu befähigen, die Relevanz und Ergebnisse ihrer Forschung breiter zu kommunizieren. In diesem Zusammenhang wies sie auch darauf hin, dass bei Stellenbesetzungen zu einseitig auf Publikationen und die Einwerbung von Drittmitteln geschaut werde, während eine gute Wissenschaftskommunikation, zum Beispiel über Blogs oder andere Medien, nicht als Qualifikation gelte.

Am Beispiel des Deutschen Historischen Instituts in Moskau berichtete die Direktorin Sandra Dahlke über die Auswirkungen des Kriegs auf Forschung und Wissenschaftskooperationen in und mit Russland. Wichtig sei es, den Zugang zu den russischen Archiven zu erhalten. Außerdem sollte sich die Forschung dezentraler ausrichten. Gerade für zeitgeschichtliche Themen ist die strenge Gesetzgebung zu Fragen der Geschichtsausle-

gung schon seit längere Zeit ein zusätzliches Problem. Russlands Austritt aus dem Bologna-Prozess werde wissenschaftliche Kooperationen perspektivisch noch mehr erschweren. Deshalb sei ein Monitoring der Entwicklungen im Wissenschaftsbereich sehr wichtig.

In der anschließenden Diskussion gab es ein Plädoyer für einen entkolonialisierten Blick auf den ehemaligen postsowjetischen Raum: erschwerte Zugänge zu russischen Archiven ließen sich zum Beispiel durch Archivarbeiten in anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion kompensieren. In der aktuellen Situation sei darüber hinaus der Wissenstransfer aus der Wissenschaft in andere Bereiche besonders wichtig. Dabei sollten auch Schulen stärker berücksichtigt werden. Unabhängig vom Zustand der Osteuropawissenschaften in Deutschland sei es außerdem wichtig, auf junge Wissenschaftler*innen und Expert*innen aus verwandten Bereichen zuzugehen, die sich momentan in Deutschland aufhalten, perspektivisch aber in ihre Heimatländer zurückkehren möchten. Diese sollten unbedingt unterstützt werden.

12. Verleihung des Klaus-Mehnert-Preises

Im Anschluss fand die Verleihung des Klaus-Mehnert-Preises statt. Insgesamt wurden 15 Arbeiten aus fünf Disziplinen eingereicht. Die Arbeiten wurden im Vorstand gesichtet. Der Vorstand entschied, den diesjährigen Förderpreis der DGO an die Historikerin Katharina Schwinde zu vergeben. Der Titel ihrer Dissertation lautet: „Eine Sache, die uns alle angeht!‘ Gesellschaftliche Initiative und Partizipation im russischen Denkmalschutz und der Denkmalpflege in den 1960er Jahren“. Die Laudatio hielt Jan Kusber. Ruprecht Polenz bedankte sich anschließend im Namen der DGO bei der Klaus-Mehnert-Gedächtnis-Stiftung, die den Preis in diesem Jahr zum achten Mal in Folge stiftete.

13. Verschiedenes

Es wurden keine weiteren Punkte behandelt. Ruprecht Polenz schloss die Versammlung um 17:30 Uhr und lud alle Mitglieder zur Eröffnung der Jahrestagung ein.

Klaus-Mehnert-Preis



„Eine Sache, die uns alle angeht!“ Gesellschaftliche Initiative und Partizipation im russischen Denkmalschutz und der Denkmalpflege in den 1960er Jahren

Katharina Schwinde, M.A.

Die Frage, inwieweit der Staatssozialismus ‚Gesellschaft‘ produziert und zugelassen hat, ist in der historischen Forschung kontrovers diskutiert worden. Häufig wird das äußerst komplexe, spannungsreiche und verflochtene Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in der poststalinistischen Sowjetunion unter Zuhilfenahme binärer Begriffsmodelle beschrieben. Obwohl die gesellschaftliche Mobilisierung und die Mitwirkung an der ‚sozialistischen Demokratie‘ Kernelemente der Neulegitimierung der sowjetischen Herrschaft nach Stalin waren, ist die Frage, wie das gesellschaftliche Engagement innerhalb der Grenzen aussah, die vom sowjetischen Staat gezogen wurden, bisher nur unzureichend untersucht worden. An diesem Punkt setzt die Arbeit von Katharina Schwinde an, die den russischen Denkmalschutz und die Denkmalpflege als Feld des Ineinandergreifens staatlicher und nichtstaatlicher Akteur*innen untersucht und auslotet, welche Ansprüche und Wünsche auf Partizipation sich mit dem Engagement für den Denkmalschutz verbanden.

Dabei untersucht sie in einem ersten Schritt die Lebenswelt(en) sowjetischer Bürger*innen der ausgehenden 1950er und beginnenden 1960er Jahre, als sich im Rahmen der Wohnungsbaukampagnen, der ‚Reformen‘ in der sowjetischen Landwirtschaft auf dem Dorf oder den ‚Kirchenreformen‘ Proteste gegen den Abriss von Baudenkmalern regten und die Vorstellungen über ein Leben in der ‚sowjetischen Moderne‘ in der russischen Gesellschaft breit diskutiert wurden. Die Denkmalschutzbewegung portraitiert die Autorin als Konglomerat aus Intellektuellendiskurs und verschiedenen kleinteiligen gesellschaftlichen Initiativen, die 1965 von der Allrussischen Gesellschaft für Geschichts- und Kulturdenkmäler (VOOPiK) in staatliche Bahnen gelenkt und nutzbar gemacht wurden. Bevor das Engagement vieler Denkmalschützer*innen und Denkmalpfleger*innen der Freiwilligenorganisation in den 1970er Jahren zunehmend erstickt wurde, gelang es einigen Akteur*innen in den langen 1960er Jahren, Einfluss auf die regionale Kulturpolitik zu nehmen. Wie diese gesellschaftliche Teilhabe an der sowjetischen Kulturpolitik zwischen Entstalinisierung und den 1970er Jahren konkret aussah, an welche Grenzen sie stieß und wie sich die Aneignung des vorrevolutionären Kulturerbes in der Praxis gestaltete, zeigt Katharina Schwinde im zweiten Teil ihrer Doktorarbeit am Beispiel des orthodoxen Klosterensembles der Solovki, einer Inselgruppe im Weißen Meer, auf der sich zwischen 1923 und 1939 das erste sowjetische Zwangsarbeitslager (Gulag) befand. Sie kann nachzeichnen, wie das private und vehemente Engagement eines lokalen Heimatkundlers die nationale Wiederentdeckung des ideologisch belasteten Kultur- und Naturerbes der Inseln bewirkte und 1967 zu beginnenden Restaurierungsarbeiten an der historischen Klosteranlage und zur Einrichtung eines modernen Mehrspartenmuseums führte.

Die Arbeit erscheint Ende 2022 als Band 29 in der Schriftenreihe [Europäische Diktaturen und ihre Überwindung](#) im Böhlau Verlag/Vandenhoeck & Ruprecht Verlag.

Auszug aus der Laudatio

[...] Obwohl die gesellschaftliche Mobilisierung und die Mitwirkung an der ‚sozialistischen Demokratie‘ Kernelemente der Neulegitimierung der sowjetischen Herrschaft nach Stalin waren, ist die Frage, wie das gesellschaftliche Engagement innerhalb der Grenzen aussah, die vom sowjetischen Staat gezogen wurden, bislang nur in Teilen beantwortet worden. An diesem Punkt setzt die brillante Arbeit von Katharina Schwinde an, die den russischen Denkmalschutz und die Denkmalpflege als Feld des Ineinandergreifens staatlicher und nichtstaatlicher Akteur*innen untersucht und auslotet, welche Ansprüche und Wünsche auf Partizipation sich mit dem Engagement für den Denkmalschutz verbanden. Sie gibt damit eine zentrale Antwort auf Rollen und Handlungsmöglichkeiten von Gesellschaft und zeigt zugleich, was qualitative, historisch-hermeneutische Forschung zu leisten im Stande ist. Ihre Arbeit ist in Jena unter der Betreuung von Jörg Ganzenmüller entstanden [...].

Katharina Schwinde untersucht zunächst die Lebenswelt(en) sowjetischer Bürger*innen der ausgehenden 1950er und beginnenden 1960er Jahre, als sich [...] Proteste gegen den Abriss von Baudenkmalern regten [...]. Die Denkmalschutzbewegung portraitiert die Autorin als Konglomerat aus Intellektuellendiskurs und verschiedenen kleinteiligen gesellschaftlichen Initiativen, die 1965 [...] in staatliche Bahnen eingepasst wurden. Bevor das Engagement vieler Denkmalschützer*innen und Denkmalpfleger*innen der Freiwilligenorganisation in den 1970er Jahren zunehmend erstickt wurde, gelang es einigen Akteur*innen, [...] Freiräume zu nutzen und Einfluss auf die regionale Kulturpolitik zu nehmen.

Wie diese gesellschaftliche Teilhabe an der sowjetischen Kulturpolitik zwischen Entstalinisierung und den 1970er Jahren aussehen konnte [...] zeigt Katharina Schwinde im zweiten Teil ihres fulminanten Buches am Beispiel des orthodoxen Klosterensemb-

les der Solovki im Weißen Meer [...]. Sie erarbeitet hier detailliert, wie das private, aber umfassende Engagement eines lokalen Heimatkundlers die nationale Wiederentdeckung des ideologisch belasteten Kultur- und Naturerbes der Inseln bewirkte [...].

Die Arbeit von Katharina Schwinde bricht mustergültig das Narrativ einer homogenen Sowjetgesellschaft auf, sie kann beispielgebend sein für entsprechende Fallstudien, die nicht Russland, sondern die Ukraine, Lettland, Estland oder Litauen als Fallbeispiel für eine national konnotierte Partizipationsbewegung nutzen.

In mancher Hinsicht erscheint mir die Arbeit als aus einer frisch vergangenen Zeit: Mit Material aus Archiven nicht nur aus Moskau, sondern regional aus Archan-gel'sk oder auf Solovki zu arbeiten, Einblick in Privatarchive zu nehmen und mit Zeitzeugen zu sprechen, wird in naher Zukunft schwierig. [...] Die Materialfülle, so beeindruckend sie ist, ist dabei kein Wert an sich: Voran geht die klare Forschungsfrage, die theoretisch-konzeptionelle Informiertheit und die Klarheit und Prägnanz der Sprache, die dem Namensgeber unseres Preises, Klaus Mehnert, wichtig gewesen wäre. Und Katharina Schwinde schafft es in der Komposition des Textes Makro-, Meso- und Mikroebene der qualitativen Untersuchung miteinander zu verknüpfen.

So hat sie unser Bild der russischen Gesellschaft in der Sowjetunion, insbesondere im „Sever“, bereichert und differenziert. Dafür sind wir und andere, die sich in der Anlage ihrer Forschung an ihrer beispielgebenden Studie orientieren mögen, zu Dank verpflichtet. Ein tolles Buch und eine würdige Preisträgerin für den Klaus-Mehnert-Preis 2022, herzlichen Glückwunsch an Katharina Schwinde!

Jan Kusber

Veröffentlichungen

Birzer, Sandra / **Mendoza**, Imke (Hgs.): *Diachronic Slavonic Syntax. Traces of Latin, Greek and Church Slavonic in Slavonic Syntax. Trends in Linguistics. Studies and Monographs 348.* De Gruyter Mouton et al. 2022.

Bohn, Thomas M.: *Heldenstadt Minsk. Urbanisierung à la Belarus.* Osteuropa in Geschichte und Gegenwart 9. Böhlau, Köln et al. 2022.

Bohn, Thomas M.: *The Vampire. Origins of a European Myth.* Berghahn, New York et al. 2022.

Denisova-Schmidt, Elena / **Leontyeva**, Elvira: *Korruptcija na Dal'nem Vostoke. Kompromiss meždu narodom i vlast'ju.* Common Place, Moskau 2022. (**Денисова-Шмидт**, Елена / **Леонтьева**, Элвира: *Коррупция на Дальнем Востоке. Компромисс между народом и властью.* Common Place, Москва 2022.

Dohrn, Verena: *The Kahans from Baku. A Family Saga.* Academic Studies Press, Boston 2022.

Florin, Moritz / **Dafinger**, Johannes (Hgs.): *A Transnational History of Right-Wing Terrorism. Political Violence and the Far Right in Eastern and Western Europe since 1900.* Routledge, London 2022.

Hein-Kircher, Heidi / **Distler**, Werner (Hgs.): *The Mobility-Security Nexus and the Making of Order. An Interdisciplinary and Historicizing Intervention.* Routledge, New York et al. 2021.

Heusser-Markun, Regula: *Die Sowjetunion. Atlantis des 20. Jahrhunderts. Ein Bild-Text-Lesebuch von 1984.* Verlag am park 2021.

Kluge, Rolf-Dieter: *F. M. Dostojewskij. Eine Einführung in Leben, Werk und Wirkung.* wbg Academic, Darmstadt 2021.

Köllner, Tobias / **Knorre**, Boris (Hgs.) *Patriotism, Nationalism, and Illiberalism in Their Relation to Religion. A Cross-Cultural Perspective.* Religions 13(2) 2022.

Köllner, Tobias / **Testa**, Alessandro (Hgs.): *Politics of Religion: Authority, Creativity, and Conflicts.* Ethnology of Religion Series Bd. 3, LIT Verlag, Wien 2021.

Krawatzek, Félix / **Friess**, Nina (Hgs.): *Youth and Memory in Europe: Defining the Past, Shaping the Future.* De Gruyter, Berlin et al. 2022. (<https://doi.org/10.1515/9783110733501>)



Menzel, Nadine / **Strauch**, Christian-Daniel (Hgs.): *Wanderjahre in Literatur und Leben: Ontologien des Wandel(n)s.* Peter Lang, Berlin 2022.

Partlett, William / **Küpper**, Herbert: *The Post-Soviet as Post-Colonial. A New Paradigm for Understanding Constitutional Dynamics in the Former Soviet Empire.* Edward Elgar Publishing, Cheltenham et al. 2022.

Perović, Jeronim: *Rohstoffmacht Russland. Eine globale Energiegeschichte.* Böhlau et al. 2022.

Rolf, Malte: *Imperial Russian Rule in the Kingdom of Poland, 1864–1915.* University of Pittsburgh Press, Pittsburgh 2021.

Sasse, Gwendolyn / **Onuch**, Olga (Hgs.): *Understanding the 2020 Mass Mobilization in Belarus.* Post-Soviet Affairs 38 (1–2) 2022. (<https://www.tandfonline.com/toc/rpsa20/38/1-2?nav=toCList>)



Tippner, Anja / **Artwińska**, Anna (Hgs.). *The Afterlife of the Shoah in Central Eastern European Cultures: Concepts, Problems, and the Aesthetics of Postcatastrophic Narration.* Routledge, London 2022.

Tippner, Anja / **Brenner**, Christiane / **Pullmann**, Michal (Hgs.): *After Utopia. Czechoslovak Normalization Between Experience and Experiment, 1968-1989.* Bad Wiessee Tagungen des Collegium Carolinum 41. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2022.

Urban, Thomas: [Verstellter Blick. Die deutsche Ostpolitik](#). Edition FotoTapeta, Berlin 2022

Von Winning, Alexa: [Intimate Empire. The Mansurov Family in Russia and the Orthodox East \(1855-1936\)](#). Oxford University Press, Oxford 2022.

Wieser, Bernd (Hg.): [Handbuch der russischen Verfassung. Ergänzungsband zur Novelle 2020](#). Verlag Österreich, Wien 2022.

Worschech, Susann / **Büttner**, Sebastian M. / **Eigmüller**, Monika (Hgs.): [Sociology of Europeanization](#). De Gruyter Oldenbourg, Berlin 2022.

Zabirko, Oleksandr / **Khrushcheva**, Daria / **Schwindt**, Mark (Hgs.): [Figurationen des Ostens: Zwischen Literatur, Philosophie und Politik](#). Frank & Timme, Berlin 2022.

Personalien

Aufnahmen

Ago, Fjoralba / Berlin
Balzer, Erika / Nürnberg
Bleakly, Evan / Dresden
Butkiewicz, Jonas / Berlin
Erlenmaier, Fabian / Berlin
Fedtke, Gero / Weimar
Fischer, Martin / Köln
Geiling, Hendrik / Marburg
Gil, Karoline / Stuttgart
Guschelbauer, Peter / Wien
Hassel, Manuel / Hamburg
Herold, Sebastian / Darmstadt
Hoffmann, Thomas / Tallinn
Kirova, Elitsa / Halle (Saale)
Kreuziger, Lina-Sophie / Berlin
Leemhuis, Remko / Berlin
Leurs, Thomas / Bonn

Makhotina, Katja / Bonn
Mennecke, Olga / Hannover
Mitschelen, Constantin / Berlin
Mortsiefer, Marius / Düsseldorf
Niedobitek, Markus / Halle (Saale)
Osterwald, Heye / Lindetal
Popp, Peter Andreas / Fürstenfeldbruck
Qualey IV, Charles William / Leipzig
Radauer, Lena / Lüneburg
Ranković, Aleksandar / Wien
Reuter, René / Leipzig
Rochlitz, Michael / Bremen
Sahling, Cornelia / Potsdam
Saibel, Nelly / Dresden
Saßenrath, Henning / Würzburg
Schäfer, Eiske / Bremen
Schlegel, Simon / Polen
Schraml, Lena / Halle (Saale)
Schübel, Leslie Brenda / Berlin
Selivanova, Galina / Bonn
Stratievski, Dmitri / Berlin
Suveica, Svetlana / Duggendorf
Trojan, Kornel / Graz
Vladymyrova, Mariia / Berlin
Vulpus, Ricarda / Münster
Warzycha, Veronika / Leipzig
Wlostowska, Magda / Leipzig
Wutsdorff, Irina / Münster

Abschiede

Prof. Dr. Swietlana Czerwonnaja, Toruń (PL).
 Verstorben am 09. November 2020

Dr. Christine Gölz, Leipzig.
 Verstorben am 22. Februar 2022

Prof. Dr. Horst Förster, Tübingen.
 Verstorben am 21. April 2022

Prof. Dr. Hannes Adomeit, Berlin.
 Verstorben am 25. April 2022



Junge DGO im 1. Halbjahr 2022

Bericht über die Aktivitäten der Jungen DGO

Das erste Halbjahr 2022 stand für die Junge DGO ganz im Schatten der russischen Invasion in der Ukraine. Viele unserer Mitglieder waren auf Demonstrationen unterwegs, unterstützten Geflüchtete oder waren ganz persönlich vom Krieg betroffen. Durch verschiedene Initiativen vor Ort oder digitale Veranstaltungen zu den Folgen des Krieges für die junge Osteuropafor-schung hat die Junge DGO versucht, einen kleinen Beitrag zur „Bewältigung“ des Krieges zu leisten.

Zugleich ging die Arbeit zur institutionellen Weiterentwicklung der Jungen DGO weiter. Auf der digitalen Mitgliederversammlung im März wurde die Neugründung der Arbeitsgruppe Diversität beschlossen. Die AG greift Impulse und Diskussionen zu Themen wie Inklusion und Chancengleichheit innerhalb der Jungen DGO auf, möchte Ansprechpartnerin für Mitglieder sein und Refle-xionsprozesse verstetigen. Zudem sollen mögliche institutionelle Veränderungen im Austausch mit allen Mitgliedern, zum Beispiel über ein On-line-Treffen im August, einen Workshop im Herbst,

Umfragen und durch die Schaffung einer unabhängigen Anlaufstelle diskutiert werden. Ihre Ziele hat die AG Diversität, die derzeit von Luisa Klatte und Rebekka Pflug vertreten wird, in einem Positionspapier festgehalten. Auf der Mitgliederversammlung der Jungen DGO im Juni wurde zugestimmt, dieses Positionspapier in das Statut (das Selbstverständnis) der Jungen DGO aufzu-nehmen. Zudem ist es das Ziel der Jungen DGO, damit auch einen Prozess in der gesamten DGO anzustoßen.



Johannes Kleinmann, Annemarie Pohlheim

Im Februar verkündete außerdem die AG Kommunikation ihre Auflösung. Über den Zeitraum ihres Bestehens hat die AG ihre selbstgesteckten Ziele erreicht: Die Schaffung und Gestaltung einer internen Kommunikationsplattform, die Schaffung einer Stelle für Kommunikation in der DGO sowie die Umgestaltung der Homepage. Diese Angebote bereichern die Arbeit der Jungen DGO. Sebastian Lambertz, ehemaliges Gründungsmitglied der AG Kommunikation und ehemaliger Leiter der Regionalgruppe Berlin/Brandenburg, besetzt nun die Stelle für Presse und Öffentlichkeitsarbeit in der DGO.

Zudem wurden im Frühling sechs Regionalgruppen der Jungen DGO für zwei Jahre neu ausgeschrieben. Wir freuen uns, dass alle fünf bestehenden Regionalgruppen (Bremen, Berlin/Brandenburg, Leipzig, Bamberg/Erlangen, München) sich neu beworben haben und nun bis 2024 weiter bestehen. Außerdem freuen wir uns über die Neugründung der Regionalgruppe Rheinland für die Standorte Köln, Bonn und Düsseldorf. Vera Rogova, Laura Jäckel und Phillip Schroeder leiten derzeit die RG. Neben einem regelmäßigen „Osteuropastammtisch“ sind Vernetzungstreffen mit ortsansässigen Unternehmen und Institutionen mit Osteuropabezug geplant.

Ein Beispiel für die vielfältige Arbeit der Regionalgruppen war ein Schreibworkshop zu wissenschaftlichem Publizieren in Journals mit osteuropäischem Regionalfokus der RG Leipzig und dem Leibniz ScienceCampus „Eastern Europe – Global Area“ (EEGA) in Kooperation mit der OSTEUROPA und der Zeitschrift „Comparative Southeast European Studies“. Weitere Beispiele waren eine Kunstaussstellung und

öffentliche Diskussionen mit Künstlerinnen und Künstlern aus der Ukraine der RG Bamberg/Erlangen oder die deutsch-tschechische Nachwuchstagung „On Borders and Boundaries“ der RG München.

Im Juli richtete das Organisationsteam der Jungen DGO (Matthias Melcher, Veronika Pfeilschifter, Anastasiia Levchuk) die jährlich stattfindende JOE-Tagung an der Universität in Jena aus, auf der Promovierende und Studierende ihre Forschungsprojekte vorstellen und sich vernetzen konnten. Auch das Organisationsteam der Veranstaltung ZUKUNFT OSTEUROPA (Tom Aschke und Ariana Kravchuk) hat seine Arbeit aufgenommen und diese Tagesveranstaltung zur Berufs- und Karriereorientierung im Bereich Osteuropa wird am 21. Oktober in Mainz stattfinden.

Zu guter Letzt gab es in der DGO einige personelle Neubesetzungen. Alexander Mishnev, Sprecher der Jungen DGO von 2020–2022, wurde im März von Annemarie Polheim abgelöst, die im vergangenen Jahr die Veranstaltung ZUKUNFT OSTEUROPA mitorganisierte. Johannes Kleinmann wurde als Sprecher wiedergewählt. Des Weiteren gab es Leitungswechsel in den Regionalgruppen und AGs. Informationen zu den neuen Leiter*innen finden sich auf der Homepage der DGO.

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

Personalien

Seit dem 1. April 2022 ist **Anke Hilbrenner** Inhaberin der Professur für Osteuropäische Geschichte an der Universität Düsseldorf. Zuvor war sie Professorin für Neuere Geschichte Osteuropas in Göttingen. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen die jüdische Geschichte im östlichen Europa, die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, Sport- und Geschlechtergeschichte sowie die Geschichte des russischen Terrorismus vor 1917. Anke Hilbrenner hat zudem gemeinsam mit **Beate Fieseler** die Leitung der DGO-Zweigstelle in Düsseldorf übernommen.

Ricarda Vulpius wurde im vergangenen Oktober auf die Professur für Osteuropäische und Ostmitteleuropäische Geschichte an der Universität Münster berufen. Nach ihrer Habilitation an der Ludwig-Maximilians-Universität München war sie Privatdozentin für Osteuropäische, Neuere und Neueste Geschichte an der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf der Russländischen Imperiumsgeschichte und der Geschichte der Ukraine und ihrer Verflechtungen. Im Juni 2022 hat Ricarda Vulpius zudem gemeinsam mit **Irina Wutsdorff** die Leitung der DGO-Zweigstelle Münster übernommen.

Zweigstellen

Irina Wutsdorff, Inhaberin des Lehrstuhls für Slavistik und Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Slavistik der Universität Münster hat gemeinsam mit **Ricarda Vulpius** die Leitung der DGO-Zweigstelle Münster übernommen. Bevor sie 2020 die Professur in Münster übernahm, war sie als Juniorprofessorin für Transkulturelle Ostmitteleuropastudien an der Universität Tübingen tätig und vertrat zuletzt den Lehrstuhl für Slavische Literatur- und Kulturwissenschaft an der Universität Regensburg. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Slavische Literaturen und Kulturen in vergleichender Perspektive, Literatur- und Kulturtheorie sowie Allgemeine und vergleichende Literaturwissenschaft. Wir bedanken uns bei **Alfred Sproede** für seine langjährige Arbeit für die Zweigstelle.



Natalia Sobczuk

Unterstützungsangebote für gefährdete Wissenschaftler*innen und Studierende aus der Ukraine, Belarus und Russland

Durch den russischen Angriff auf die Ukraine befinden sich viele ukrainische Wissenschaftler*innen und Studierende in einer akuten Notlage. Auch regimkritische Wissenschaftler*innen und Studierende in den Nachbarstaaten Belarus und Russland sind aufgrund ihres Widerstandes gegen den Krieg zunehmend staatlichen Repressionen ausgesetzt.

Erfreulicherweise gibt es eine große Solidaritätsbereitschaft von Seiten deutscher Universitäten und außeruniversitärer Wissenschaftsinstitutionen, um diese Menschen aufzufangen. Die DGO und ihre Mitglieder sind an verschiedenen dieser Unterstützungs- und Hilfsprogrammen beteiligt.

SCIENCE AT RISK emergency office

Das Akademische Netzwerk Osteuropa (akno e.V.) bietet Unterstützung bei der Vermittlung von Hilfs- und Förderangeboten, die sich oftmals als kompliziert erweist. Der Verein hat bereits im August 2020 (vor dem Hintergrund der prekären Lage in Belarus) ein Nothilfereferat gegründet. Dieses Projekt wurde von Anfang an von der DGO unterstützt. Angesichts der Kriegslage in der Ukraine hat akno e.V. nun das Projekt SCIENCE AT RISK Emergency Office aufgelegt, das vom Auswärtigen Amt gefördert wird.

Zusammen mit Partnerorganisationen aus Belarus, Russland und der Ukraine (unabhängige Zivilgesellschaft sowie Menschenrechts- und Wissenschaftsorganisationen im Land bzw. im erzwungenen Exil wie das Helsinki-Komitee, OVD-Info, SBS, Chestni Universitet, Razam, Office Tichanowskaya u.a.) bietet SCIENCE AT RISK eine der wenigen zentralen Anlauf-, Beratungs-, Verifizierungs-, Registrierungs- und Nothilfestellen in Deutschland für die akademischen Opfer von politischer Repression (Belarus/Russland) und Krieg (Ukraine).

Ziel ist es, osteuropäische Forschende und Studierende an Bildungs- und Forschungseinrichtungen in Deutschland zu vermitteln und deutsche Institutionen und geflohene Wissenschaftler*innen zu vernetzen. Dazu wird eine sichere Datenbank aufgebaut, die sowohl die Bedarfe kriegsbedingt oder politisch gefährdeter Wissenschaftler*innen und Studierender aus der Ukraine, Belarus und Russland als auch die Unterstützungsangebote deutscher Wissenschaftsinstitutionen erfasst.

Zudem werden für die Betroffenen kleinere Stipendien, Schulungen und ein persönliches Mentoring organisiert – mit dem Ziel, Wissenschaftler*innen und Studierende aus den Zielländern in Studien- und Promotionsplätze sowie Lehr- und Forschungsaufträge an deutschen wie europäischen Universitäten und Wissenschaftsorganisationen zu vermitteln.

Universitäten, Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen, die Kolleg*innen und Studierende aus Belarus, der Ukraine und Russland mit Stipendien, Studienplätzen, Lehraufträgen etc. unterstützen wollen, können sich unter folgendem Link im SCIENCE AT RISK Emergency Office registrieren:
<https://airtable.com/shr832zCQ5idsda7R>



Wissenschaftler*innen und Student*innen, die Kolleg*innen und Studierende aus Belarus, der Ukraine und Russland im Rahmen eines Mentoring-Programms unterstützen möchten, können sich über den folgenden Link beim SCIENCE AT RISK Emergency Office anmelden:
<https://airtable.com/shrzb2us5Vw3V4JQR>



SCIENCE AT RISK



Dr. Anna Brixa & Lance Bradley
Team Universitäten / Wissenschaftliche Institutionen
Emergency Office SCIENCE AT RISK by Akademisches Netzwerk Osteuropa – akno e.V., Berlin
institutions@science-at-risk.org
<https://akno.network>

Die Cologne/Bonn Academy in exile

Um Wissenschaftler*innen aus der Ukraine, aber auch jenen aus Russland und Belarus, die aufgrund ihres Widerstandes gegen den Krieg verfolgt werden, zu helfen, haben sich auch die Universitäten Köln und Bonn zusammengetan und die COLOGNE/BONN ACADEMY IN EXILE (CBA) gegründet. Angelika NUßBERGER (Köln) und Martin AUST (Bonn) von der DGO sind federführend beteiligt.



Ziel der neuen Akademie ist es, die Arbeit renommierter Wissenschaftler*innen, die aufgrund von Russlands Krieg gegen die Ukraine aus ihren Heimatländern fliehen mussten, zu unterstützen. Die Universitäten Bonn und Köln stellen dafür Büroräume und administrativen Support zur Verfügung und erleichtern die Integration der Forschenden in die lokale wissenschaftliche Gemeinschaft. Darüber hinaus helfen sie bei der Suche nach individueller finanzieller Unterstützung aus öffentlichen Mitteln.

Die Universitäten fördern zudem alle Formen des akademischen Austauschs innerhalb der CBA, unter anderem mit Seminaren und Workshops. Auch Wissenschaftler*innen außerhalb der CBA sollen erreicht werden, zum Beispiel durch Summer Schools. Zudem sind online-Programme vorgesehen. Eine gemeinsame Website ist im Aufbau.

Die CBA wird eine Gruppe von etwa zwanzig Forschenden aufnehmen, die ihr Studium abgeschlossen haben und wenn möglich bereits promoviert sind, die als Nachwuchswissenschaftler*innen oder erfahrene Forscher*innen an ihren Heimatuniversitäten tätig sind oder bereits eine Professur innehaben.

Die Schwerpunkte der Akademie liegen in den Rechts-, Geschichts-, Kultur- und Sprachwissenschaften. Sie wird aber auch darauf hinwirken, regionalspezifisches Wissen zu erhalten und zu erweitern. Daher sind Projekte in den Bereichen vergleichende Politikwissenschaft, Rechtsvergleichung, vergleichende Sprachwissenschaft und europäische Geschichte von zentraler Bedeutung.

Im Einklang mit der Mitgliedschaftsperspektive der Ukraine in der Europäischen Union ist der Beitrag zur europäischen Integration ein übergeordnetes Ziel der Akademie.

COLOGNE/BONN ACADEMY IN EXILE

Universität zu Köln

Professorin Dr. Dr. h.c. Dr. h.c. Angelika Nußberger
Akademie für europäischen Menschenrechtsschutz
Professorin Dr. Johanna Hey
Prorektorin für Internationales
cb-academy@uni-koeln.de

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Professor Dr. Martin Aust
Institut für Geschichtswissenschaft, Abteilung für
Osteuropäische Geschichte
Professorin Dr. Birgit Ulrike Münch
Prorektorin für Internationales
cb-academy@uni-bonn.de

Forum für historische Belarus-Forschung



Bericht: Alesja Belanovich-Petz, Gabriele Freitag

Landesweite Proteste gegen die Fälschung der Wahlergebnisse und Gewalt gegenüber Demonstrierenden bei den Präsidentschaftswahlen im August 2020 haben Belarus nachhaltig verändert. Über 30.000 Belarus*innen wurden inzwischen festgenommen und zu politisch motivierten Haftstrafen verurteilt. 550 Nichtregierungsorganisationen wurden in Belarus aufgelöst. Von diesen Schließungen ist die Arbeit wichtiger zivilgesellschaftlicher Akteur*innen mit geschichtswissenschaftlichem Fokus unmittelbar betroffen. Zwei neue Gesetze („Genozid am belarusischen Volk“ und „Rehabilitierung des Nazismus“) bieten außerdem eine gesetzliche Grundlage, um Aussagen zum Zweiten Weltkrieg, die von staatlichen Narrativen abweichen, unter Strafe zu stellen und eine unabhängige Forschung zu kriminalisieren.

Die Repressionen und Einschüchterungen, denen Wissenschaftler*innen in Belarus ausgesetzt sind, haben zur Ausreise vieler Historiker*innen geführt. Diese suchen nun über internationale Stipendienprogrammen nach Ausweichmöglichkeiten. In dieser Situation bietet das neue Forum für historische Belarus-Forschung der DGO Historiker*innen in und aus Belarus einen geschützten Raum für den Austausch untereinander sowie Vernetzungsmöglichkeiten mit Wissenschaftler*innen aus Deutschland, Polen, Litauen und anderen europäischen Staaten. Online-Diskussionen und wissenschaftliche Tagungen bilden eine Plattform für die Präsentation neuer historischer Fragestellungen zu Belarus. Denn die aktuelle politische Situation prägt auch die Fragestellungen historischer Forschung: Welche Rolle spielt die Auseinandersetzung

mit der Geschichte in der Protestbewegung? Und welche historischen Narrative zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges werden von der staatlichen Propaganda und staatlichen Institutionen dafür benutzt, die Protestbewegung zu diffamieren? Nicht zuletzt lädt das Forum junge Wissenschaftler*innen aus Belarus und Deutschland über Formate wie Sommerschulen und Stipendien dazu ein, sich mit der belarusischen Geschichte auseinanderzusetzen. Im ersten Halbjahr konnte das Forum fünf Stipendien für einmonatige Forschungsaufenthalte in Deutschland vergeben. Anfang Juli fand in Kooperation mit der Universität Göttingen und der Adam von Trott Stiftung eine trilaterale Sommerschule zur zivilgesellschaftlichen historischen Arbeit in Belarus und Russland statt. Studierende und Expert*innen diskutierten über die Herausforderungen dieser Arbeit und Möglichkeiten für die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen.

Das Forum ist ein Nachfolgeprojekt der Belarusisch-Deutschen Geschichtskommission, die im Sommer 2021 wegen der politischen Situation in Belarus ausgesetzt wurde. Es wird gefördert vom Deutschen Akademischen Austauschdienst.



KONTAKT

Alesja Belanovich-Petz:
 belanovich-petz@dgo-online.org
<https://dgo-online.org/forum-fuer-historische-belarus-forschung/>





Elisa Satjukow

Veranstaltungsberichte

Schlüsselland Tschechien: Politik und Gesellschaft in der Mitte Europas

Bericht: Lance Bradley

Zum 25. Jubiläum der „Gemeinsamen Erklärung über die deutsch-tschechischen Beziehungen und deren künftige Entwicklung“ fand in der tschechischen Botschaft in Berlin eine Podiumsdiskussion rund um das OSTEUROPA-Heft „Schlüsselland Tschechien“ statt. Über die deutsch-tschechischen Beziehungen diskutierten Vladimír HANDL vom Prager Institut für Internationale Studien, Zuzana LIZCOVÁ, Lehrstuhlinhaberin für deutsche und österreichische Studien der Karls-Universität Prag und Volker WEICHSEL aus der Redaktion der Zeitschrift Osteuropa.

Die deutsch-tschechische Erklärung stellt einen wichtigen Meilenstein für die bilaterale Beziehung der beiden Länder dar. Seit ihrer Unterzeichnung hat sich viel verändert. Die Verbindungen zwischen Deutschland und Tschechien haben sich vertieft. Mit den 2021 in beiden Ländern neu gewählten Regierungen wurde nun ein neues Kapitel aufgeschlagen. Während Deutschland erstmals von einem Drei-Parteien-Bünd-

nis regiert wird, ist es in Tschechien eine Koalition aus fünf Parteien unter Ministerpräsident Petr Fiala, die auf die Regierung von Andrej Babiš folgte.

In der Diskussion zeigte sich Vladimír Handl angesichts der neuen Situation optimistisch, was die deutsch-tsche-

chischen Beziehungen post-Babiš angeht. Babiš sei eine treibende Kraft in vielen binationalen Konflikten gewesen. So unterstützte der ehemalige Ministerpräsident den amerikanischen Präsidenten Trump, während sich die deutsche Führung kritisch zu dessen Agenda äußerte. Allerdings, so Handl, gebe es auch weiterhin Gesprächsbedarf zwischen den beiden Ländern. Klima- und Energiepolitik bleiben Streitpunkte. Zuzana Lizcová verwies in diesem Zusammenhang auf die Umsetzung des Euro-

pean Green Deals, aber auch auf die Corona-Pandemie, welche die grenzübergreifende Zusammenarbeit belastet. Europapolitisch mag die nächste Legislaturperiode ohne Babiš besser verlaufen, aber viele der

Podiumsdiskussion 20. Januar 2022, Berlin

In Kooperation mit dem
Tschechischen Zentrum,
der Karls-Universität in
Prag und dem Institut für
Internationale Studien in Prag

Koalitionsparteien sind dennoch weiterhin EU-skeptisch und auch innenpolitisch erschwert ein Bündnis aus fünf Parteien die Entscheidungsfindung. Vor allem die tschechische Piratenpartei (Česká pirátská strana) mit ihrer von den anderen Parteien abweichenden Position könnte Probleme bereiten, so Lizcová. Handl teilte diese Bedenken. Insgesamt sei die deutsch-tschechische Beziehung zu einseitig: Deutschland habe zu wenige Tschechien-Expert*innen, die Berichterstattung über Tschechien bleibe Mangelware. Im Vergleich sei selbst in der Zeitschrift OSTEUROPA seit dem EU-Beitritt Tschechiens mehr als doppelt so häufig über Polen und ca. 10-Mal häufiger über Russland geschrieben worden.

Auch die tschechische Rolle in der Visegrád-Gruppe wurde thematisiert. Bereits im entsprechenden Heft der Osteuropa hatte Handl die in Deutschland vorherrschend vertretene Meinung über Tschechien während der Migrationskrise kritisiert. Irrtümlicherweise würden die Deutschen die tschechische Gesellschaft mit der Polens und Ungarns gleichsetzen. Diese Position verkenne die Offenheit und Diversität der tschechischen Gesellschaft. Babiš sei zwar ein Befürworter der Visegrád-Gruppe gewesen, Tschechien haben aber zunehmend Bereitschaft gezeigt, gesamteuropäische Lösungen anzustreben, statt diese wie seine ungarischen und polnischen Kollegen Orbán und Kaczyński wegen innenpolitischer Probleme zu behindern. Volker Weichsel sah aus diesem Grund auch viele neue Chancen für die tschechische Europapolitik. Energiepolitisch vertrete Prag durchaus mehrheitsfähige Ideen, wie den Ausbau der Atomenergie, der u.a. in Frankreich stark unterstützt wird. Auch in der Migrationspolitik sei die strenge Haltung Tschechiens mittlerweile salonfähig geworden. In beiden Bereichen gebe es mit der Bundesregierung wenig Konsens, aber Deutschland sei hier gesamteuropäisch der Außenseiter, nicht Tschechien.

Im Hinblick auf die Medien sei die Lage in Tschechien deutlich weniger problematisch, als in den anderen Visegrád-Staaten, so Lizcová. Digitalisierung und Polarisierung seien in Tschechien, wie in Deutschland und überall, eine Herausforderung. Allerdings verfüge Tschechien über qualitativ hochwertigen Journalismus, der durchaus freier und unabhängiger sei als in Polen oder Ungarn. Das hätten die Ereignisse des letzten Jahres deutlich gezeigt. Als im Dezember 2021 bekannt gegeben wurde, dass Jitka Obzinová Präsidentin des tschechischen Rundfunks (Český Rozhlas) werden

sollte, gab es einen lauten Aufschrei. Obzinová war 2015 als Chefredakteurin von TV Prima in Kritik geraten, weil sie die Berichterstattung über Geflüchtete absichtlich manipulierte und somit gegen den tschechischen Ethik-Kodex verstieß. Ihre Ernennung wurde zurückgezogen, nachdem über 600 Journalist*innen eine Petition unterschrieben hatten. Dies sei ein gutes Indiz für die Medienfreiheit in Tschechien gewesen, so Lizcová. Innerhalb der Visegrád-Gruppe, aber auch im östlichen Europa, sieht Weichsel Tschechien daher als demokratisches Vorbild. Regelmäßige und friedliche Wahlen, die ausdifferenzierte Medienlandschaft, ein geringes Ausmaß an Populismus seien Zeichen einer gesunden Demokratie und die zeige Tschechien. Das Land sei deswegen ein Schlüsselland, denn es mache deutlich, wie eine positive politische Zukunft trotz historischer Last aussehen kann.

Diese historische Last wurde auch im Zusammenhang mit der Russlandpolitik Tschechiens diskutiert. Weichsel vertrat dabei die Meinung, dass die EU in den Beziehungen zu Russland Tschech*innen mehr Gehör schenken sollte. Während die ungarische Führung Russland gegenüber eine hypokritische Haltung zeige und Polen eine viel zu feindselige, hätten Deutschland und Tschechien eine ausgewogenere und realitätsnahe Haltung entwickelt. Handl wies darauf hin, dass dies nicht immer so war. Erst der 2021 bekanntgegebene Schuldspruch gegen den russischen Geheimdienst im Fall der Munitonsexplosion im tschechischen Vrbětice sei der Kippunkt gewesen. Dieser habe den russlandfreundlichen tschechischen Präsidenten Miloš Zeman geschwächt. Generell habe die zunehmende Russlandskepsis zu einer Stärkung der pro-atlantischen Politik Tschechiens geführt, so Lizcová. Dies sei ohnehin seit der Neugründung der Tschechischen Republik 1993 die wichtigste politische Strömung. Verglichen mit Deutschland sei in Tschechien die Kapitalismus- und Imperialismuskritik an den USA nie wirklich präsent gewesen. Handl sah dies ähnlich, wies aber darauf hin, dass eine zweite Amtszeit Trumps das Verhältnis der gegenwärtig stärkeren ‚Atlantiker‘ im Vergleich zu den schwächeren ‚Europäisten‘ in der Politik umgekehrt hätte. Ähnlich also wie bei der Russlandpolitik konstatierten die Panelist*innen viele Gemeinsamkeiten zwischen Tschechien und Deutschland im Hinblick auf NATO- und EU-Fragen.

Insgesamt kam die Runde zu einem optimistischen Ausblick was die deutsch-tschechische Beziehung betrifft. Auf der obersten Ebene bleibe die größte Meinungs-

verschiedenheit die Energiepolitik. Die neu gewählten Koalitionen im tschechischen Abgeordnetenhaus und im deutschen Bundestag brächten neues Leben in die bilateralen Beziehungen. Lizcová hoffte vor allem auf die Wiederbelebung der deutsch-tschechischen Beziehungen auf lokaler Ebene, denn die Coronakrise habe die zusammengewachsenen Gemeinschaften an der deutsch-tschechischen Grenze zumindest mittelfristig versehrt. Für die kommende EU-Ratspräsidentschaft erwartet Handl Pragmatismus, auch von Babiš' Partei hofft er derzeit auf eine konstruktive Opposition.

Die Veranstaltung wurde aufgezeichnet. Die Aufzeichnung (Audio) können Sie hier abrufen: <https://www.soundtier.com/tschechisches-zentrum-berlin/schlussel-land-tschechien>



Der Krieg in der Ukraine: Zwischen Kämpfen und Dialogversuchen

Bericht: Lance Bradley

Seit dem 24. Februar herrscht in der Ukraine Krieg. Russische Truppen sind auf ganzer Linie auf dem Vormarsch. De facto bestimmt der bewaffnete Konflikt den Osten der Ukraine aber bereits seit 2014 – auch wenn in den hiesigen Medien die anhaltende Gewalt lange Zeit kein Thema mehr war. Seit 2015 treffen sich Frauen aus der Ukraine, aus Russland und aus anderen europäischen Staaten über alle Konfliktlinien hinweg und setzen sich gemeinsam für den Frieden ein. Vier dieser Frauen aus Kyjiw, Odesa, Khartsyzsk und aus dem russischen Nowotscherkassk berichteten am 2. März 2022 darüber, wie die Menschen in der Ukraine diesseits und jenseits der Kontaktlinie und in Russland den Krieg bisher wahrgenommen haben, was die neue Eskalation bedeutet und was sie selbst tun, um mit der Situation in ihrer Region umzugehen. Was diese Frauen aus den unterschiedlichen Teilen der

Ukraine und aus Russland zusammenbringt, ist die die Plattform „Fraueninitiativen für Frieden im Donbas“, ein

Projekt unter dem Dach der Organisation OWEN – Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung e.V. Seit 2016 ermöglicht die Initiative Frauen auf beiden Seiten der russisch-ukrainischen Grenze einen regelmäßigen Austausch. Viele dieser Frauen engagieren sich gesellschaftlich auf lokaler Ebene. Der grenzüberschreitende Austausch über die Gegebenheiten vor Ort hilft, Normalität in den Alltag zu bringen, aber auch dabei, Empathie für die andere Seite zu entwickeln – trotz bestehender Meinungsverschiedenheiten. Der Alltag und das Leben im Donbas sind seit acht Jahren durch Beschuss und Drohungen

von beiden Seiten gefährdet. Die Ukraine ist seit 2014 ein Dauerthema in den russischen staatlichen Medien. Der Informationsaustausch ist den Frauen deshalb

Podiumsdiskussion und Fotogalerie 2. März 2021, Berlin und Online

Eine Kooperation der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., der Galerie Buchkunst Berlin, OWEN – Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung e.V. und des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

auch deshalb wichtig, weil sie eher Berichten ihrer Gesprächspartnerinnen als den Nachrichten vertrauen.

Alles hat sich seit dem 24. Februar 2022 geändert. Manche Frauen aus der Gruppe sind aktuell auf der Flucht, alle machen sich Sorgen um ihre Familien. Eine Gesprächsteilnehmerin aus Kyjiw berichtete, wie schwierig es ist, umkämpfte Städte zu verlassen oder sich ordentlich zu versorgen. Bleiben ist gefährlich, fliehen aber auch. Auch auf der russischen Seite hat man Angst; Angst vor dem Sterben der Söhne, Angst vor der Regierung, gegen die man demonstrieren will, Angst vor den Sanktionen, Angst vor dem Hass auf Russ*innen, der diesen nun im Ausland wegen des von der russische Führung initiierten Krieges entgegenschlägt.

Zur Stimmung in der Ukraine heißt es: „Was auch immer Putin will, hier wird er es nicht finden – vor der Revolution, der Krim-Annexion und der Gewalt im Osten, gab es breite Teile der ukrainischen Bevölkerung, die pro-Russland, gar pro-Putin eingestellt waren; heutzutage ist diese Gruppe nahezu verschwunden.“ In Russland hat der russische Angriff eine breite Gefühlspalette von Ärger, Scham und Mitleid hervorgerufen sowie eine neue Welle des gesellschaftlichen Aktivismus ausgelöst. Doch die innenpolitischen Repressionen erdrosseln zahlreiche Aktivitäten.

Der direkte Angriff russischer Truppen auf die Ukraine beeinflusst auch den Austausch der Frauen untereinander nun unmittelbar. Viele haben das Gefühl, wieder von vorne anfangen zu müssen. Außerdem sind die Möglichkeiten für den Dialog nun erheblich erschwert. Trotz allem scheinen die Frauen daran festzuhalten, denn, so wie es eine formulierte, „besprechen ist besser als aufeinander zu schießen“. Der Informationsaustausch

hilft nicht nur dabei, die psychische Belastung des Krieges zu mindern, sondern er hat auch greifbare positive Effekte. So berichtet eine Gesprächsteilnehmerin, dass gerade ein Krankenhaus auf der anderen Seite der Kontaktlinie mit lebensnotwendigen Medikamenten beliefert wurde, auch dank des Engagements und der Vernetzung der Frauen. Dabei war nicht wichtig, wo sich das Krankenhaus befindet oder woher die Patient*innen kommen, sondern, dass Hilfe benötigt wird. So konnten die am Projekt beteiligten Personen bereits Engpässe überwinden und bedarfsgerecht helfen.

Die Teilnehmerinnen wissen, sie sind sich in vielen Fragen uneinig. Sie sehen die Fakten, aber sie interpretieren Hintergründe und Folgen unterschiedlich. Trotzdem basiert der Dialog auf Vertrauen. Das vorsichtige und aufmerksame Zuhören und die Toleranz bei Meinungsverschiedenheiten zeichnet die Gruppe aus. Unter den derzeitigen Bedingungen ist der Dialog ein anderer und die Bedingungen dafür wesentlich schwieriger. Trotzdem scheinen alle Beteiligten gewillt, weiterzumachen. Ihr Fazit für die Zukunft: Es braucht mehr Krisenprävention auf breiter gesellschaftlicher Basis anstatt Reaktion auf Gewaltausbrüche. Die Fraueninitiativen für Frieden im Donbas ist eine solche Präventivmaßnahme.

Die Veranstaltung erfolgte im Rahmen der digitalen Fotoausstellung „IN LIMBO – UKRAINE 2013–2021“. Die beeindruckenden Fotos zeigen das kontrastreiche Leben der Menschen in der Ukraine seit der Revolution auf dem Maidan: Kämpfen oder Überleben, Gehen oder Bleiben, Normalität versus Kriegszustand. Diesen Alltag im Krieg, dieses Weitermachen trotz des allgegenwärtigen Leids thematisiert der Fotograf Florian Bachmeier mit seinen Bildern. Genau dieser Kontrast verbindet thematisch die Fotoausstellung mit der Podiumsdiskussion.

Der Krieg in der Ukraine: Wie steht es um die Rolle der Kirchen?

Bericht: Lance Bradley

Der Moskauer Patriarch Kyrill I. unterstützt in seinen Verlautbarungen die Linie des russischen Präsidenten Vladimir Putin im Krieg gegen die Ukraine. Die Orthodoxen Kirchen der Ukraine rufen dagegen zur Verteidigung des Vaterlandes auf. Und selbst Vertreter der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats gehen auf Distanz zu ihrem Patriarchen. Die Orthodoxie ist in Osteuropa schon seit längerem gespalten, die Kluft war aber noch nie so groß wie jetzt. Gleichzeitig treten die unterschiedlichen Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Ukraine angesichts des Kriegs geschlossen auf. Über die Rolle der Kirchen im Krieg gegen die Ukraine diskutierten die Theolog*innen Regina Elsner vom Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Johannes OELDEMANN vom Johann-Adam-Möhler Institut für Ökumenik sowie der Leiter des Büros für humanitäre und soziale Initiativen des Weltkongresses der Ukraine, Andrii WASKOWYCZ.

Die Ukraine verfügt über eine Vielzahl religiöser Gemeinschaften. Der Ukrainische Rat der Kirchen und religiösen

Organisationen spiegelt diese religiöse Landschaft wider. Die Mehrzahl der Bevölkerung gehört der Orthodoxen Kirche an, bisher geteilt zwischen den Anhänger*innen des Kyjiwer und des Moskauer Patriarchats. Die Bevölkerung katholischen Glaubens teilt sich auf in römisch-katholische und griechisch-katholische Gemeinden. Muslime, hauptsächlich Krimtataren, und Juden sind ebenso wie eine Reihe kleinerer christlicher Kirchen im Rat vertreten. In diesem Gremium gibt es viele Kontroversen. Vor dem Hintergrund des Kriegs sprechen sich die diversen Religionsgemeinschaften allerdings mit einer Stimme gegen den russischen Aggressor, für eine unabhängige Ukraine und für den Schutz des Luftraums durch die NATO aus. Elsner beschrieb diese Einheit als bemerkenswerte und deutliche Unterstützung für den Staat.

Die Haltung der Russisch-Orthodoxen Kirche zum Krieg wird über die Ukraine hinaus in den Orthodoxen Kirchen sehr kritisch gesehen. Oeldemann erklärte, dass die Orthodoxe Kirche in Deutschland den Patriarchen

Podiumsdiskussion
18. März 2022, Online

In Kooperation mit der
Katholischen Akademie
in Berlin e.V.

in Moskau kritisiert habe und Geflüchteten aus der Ukraine helfe. Auch die Rumänisch- und Serbisch-Orthodoxen Kirchen hätten Kritik an Kyrill I. und Putin geäußert sowie ihre Unterstützung für Geflüchtete signalisiert. Die Russisch-Orthodoxe Kirche isoliere sich. Und auch in Russland sehe man Risse: nicht wenige Priester dort hätten Kyrill I. öffentlich widersprochen.

Aber auch innerhalb der Orthodoxen Kirche in der Ukraine gibt es Unklarheiten. Metropolit Onufrij, bisher religiöses Oberhaupt der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats, kritisierte zwar offen den Krieg, distanzierte sich aber noch nicht öffentlich von seinem Vorgesetzten in Russland, Kyrill I. Dies wird dem Ansehen der mit Moskau verbundenen Kirche wahrscheinlich weiter schaden. Die 1991 wieder gegründete Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Kyjiwer Patriarchats wurde innerhalb der Orthodoxie lange nicht offiziell anerkannt. Schon nachdem Russland die Krim annektierte und begann, die Separatisten im Donbas zu unterstützen, erhielt das Patriarchat von Kyjiw mehr Zulauf seitens russisch-orthodoxer Gläubiger. Ende 2018 begann das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel, die zwei Orthodoxen Kirchen in der Ukraine zu fusionieren und der neuen Kirche Eigenständigkeit zu gewähren. Vor diesem Hintergrund rechtfertigen sowohl Putin als auch Kyrill I. den jetzigen Krieg zum Teil mit einer vorgeschobenen Unterdrückung von Andersgläubigen in der Ukraine.

Andrij Waskowycz wies darauf hin, dass die Position der Kirchen in der Ukraine oft falsch wahrgenommen wird: Die Kirchen unter dem Moskauer Patriarchat werden als pro-russisch eingestuft, obwohl dies nicht immer der Realität entspricht – auch diese Kirchen werden von russischen Truppen bombardiert – und auch sie leisten humanitäre Hilfe vor Ort. Demgegenüber wird die katholische Hilfsorganisation Caritas oft als westliche Organisation oder pro-westlicher Agent verstanden, obwohl die Hilfe, die Caritas leistet, unpolitisch ist. Viele kennen die jüngeren Auseinandersetzungen in der Orthodoxen Kirche, aber die Krisen innerhalb der katholischen Kirche finden kaum mediale Präsenz.

Einen Konfliktpunkt unter den katholischen Kirchen in der Ukraine bildet die Annäherung des Papstes an die Orthodoxie. Im Jahr 2016 unterzeichneten Papst Franziskus und Patriarch Kyrill I. in Havanna eine gemeinsame Erklärung. In dieser geht es hauptsächlich um die Unter-

drückung von Christ*innen im Nahen Osten, aber auch um konservative Werte, die beide Religionsgemeinschaften teilen. Dazu zählen die Ehe zwischen Mann und Frau und die Haltung zur Abtreibung. Heute rechtfertigen Kyrill I. und Putin den Krieg mit ihrem Kampf gegen westliche Werte: sexuelle Befreiung, Irreligiosität, Meinungs- und Pressefreiheit, usw. Dieser Teil der russischen Propaganda deckt sich mit den Vorbehalten vieler im Vatikan. Genau deswegen sei Klarheit jetzt dringend notwendig. Die Ukrainer*innen seien dankbar für die humanitäre Leistung der katholischen Kirchen, sähen auch den Papst insgesamt noch positiv, doch sie seien auch immer wieder enttäuscht von der vatikanischen Ostpolitik, so Waskowycz. Die gemeinsame Videokonferenz von Franziskus und Kyrill I. im März dieses Jahres beschreibt Regina Elsner im Sinne des Dialogs als gut gemeint. Die Bilder würden in der russischen Propaganda nun aber zur Rechtfertigung des Kriegs herangezogen. Und Papst Franziskus sei noch immer bemüht, die verbesserten Beziehungen zur Orthodoxie nicht zu beschädigen.

Klarer ist die Botschaft anderer Kirchenangehöriger. Die Deutsche Bischofskonferenz hat den Aggressor in einer Stellungnahme im März beim Namen genannt und ihre Solidarität mit der Ukraine erklärt. Sogar über Waffenlieferungen wurde gesprochen: Die Ukraine habe das Recht auf Selbstverteidigung, und die Lieferung von Waffen sei daher legitim; allerdings äußerte die Bischofskonferenz keine direkte Zustimmung dazu. Waskowycz berichtete, dass die Ukrainer*innen dankbar seien für die Unterstützung, aber den Eindruck hätten, dass die deutsche Gesellschaft (inkl. Politik und Kirche) den Ernst der Lage noch nicht begreife. Die Situation sei viel schlimmer, als man sich in Deutschland vorstellen könne. Die UN sei nicht in der Lage, die Anzahl der Todesopfer auch nur annähernd zu schätzen und laut Prognosen würden 90% der ukrainischen Bevölkerung in Armut leben, wenn der Krieg länger andauert. Millionen von Menschen sind auf der Flucht und Deutschland erwecke den Eindruck, schon an seine Kapazitäten zu kommen, obwohl das Land bisher eine vergleichsweise geringe Last trage.

Die Kirchen in der Ukraine, so Waskowycz, sind gut miteinander vernetzt, bieten Schutzräume, helfen dabei Menschen mit Lebensnotwendigem zu versorgen und sie über Fluchtwege in Sicherheit zu bringen. Die positive Rolle der ukrainischen und ausländischen Kirchen sollten nicht überschattet werden von dem politisierten Drama auf höchster Ebene.

Die Russische Invasion in die Ukraine: Perspektiven der historischen Sicherheitsforschung

Bericht: Pauline Fell

Die europäische Sicherheitsordnung ist durch die russische Invasion in die Ukraine in ihren Grundfesten erschüttert worden. Die Veranstaltungsreihe „Die Russische Invasion in die Ukraine – Perspektiven der historischen Sicherheitsforschung“ bot anhand konzeptueller Fragen der historischen Sicherheitsforschung eine Einordnung der Ereignisse in historisierender Perspektive.

GESCHICHTE ALS SICHERHEITSDILEMMA?

Den Auftakt machte die Veranstaltung „Geschichte als Sicherheitsdilemma?“. Dabei ging es um die geschichtspolitische Legitimation des Angriffs auf die Ukraine und die grundlegende Frage, inwieweit Geschichtspolitik als Symptom von Unsicherheitswahrnehmung und Konflikt gedeutet werden kann. Die Historiker*innen Heidi HEIN-KIRCHER und Martin AUST und der Politikwissenschaftler Andreas UMLAND

diskutierten zudem die russische und ukrainische Geschichtspolitik der vergangenen zwanzig Jahre.

Diskussionsreihe 3., 10. und 17. Mai 2022, Online

Eine Kooperation der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., dem Sonderforschungsbereich 138 „Dynamiken der Sicherheit“ und dem Verband der Osteuropahistorikerinnen und -historiker e.V. (VOH)

In einem kurzen Input befasste sich Hein-Kircher zunächst mit der Instrumentalisierung von Geschichte in der Rhetorik des russischen Präsidenten Vladimir Putins, der eine angebliche historische Einheit von Russland, der Ukraine und Belarus postuliert, um die eigenen politischen Ziele zu rechtfertigen. Den Angriff auf die Ukraine habe er somit von seiner zweiten Amtszeit an geschichtspolitisch vorbereitet und durch die selektive Kombination historischer Elemente das Bedrohungsszenario einer anti-russischen Ukraine geschaffen. Der russische Anspruch auf die Ukraine sowie die angeb-

liche Notwendigkeit einer Entnazifizierung der Ukraine wurden so historisch begründet. Auf diese Weise habe Putin wiederum die Wahrnehmung von

(Un)Sicherheit in der Gegenwart beeinflusst und ein Sicherheitsdefizit in Russland geschaffen. Hein-Kircher sieht eine solche Strategie als ein dezidiertes Krisenphänomen zur Mobilisierung der Bevölkerung an, das zu einem Sicherheitsdilemma geführt habe.

Auf den Einwand von Martin Aust, dass der Begriff des Sicherheitsdilemmas in diesem Kontext problematisch sei, verwies Hein-Kircher auf die Tatsache, dass die russische Invasion auf deutlich mehr Widerstand gestoßen sei, als es die historische Ableitung hätte vermuten lassen können, weswegen Putin nun neue Erklärungen und Erzählungen finden müsse. Aus dem ursprünglichen Narrativ von Sicherheit sei letztendlich eine viel größere Unsicherheit für Russland entstanden. Daher sei der Begriff des Sicherheitsdilemmas auch für die Situation Russlands in der Ukraine zutreffend.

Den einleitenden Erläuterungen Hein-Kirchers fügte Aust weitere eigene Beobachtungen hinzu. Bereits in seiner dritten und vierten Amtszeit seien Putins Äußerungen zur Ukraine radikaler, der Zusammenhang zwischen historischer Argumentation und Sicherheit offensichtlicher geworden. In seiner Geschichtspolitik habe sich der Präsident auf die sich widersprechenden Traditionen des Russischen Reichs und der Sowjetunion bezogen, was seinen entideologisierten Umgang mit der Vergangenheit zeige. Putin habe eine 1000-jährige Staatsgeschichte und ein russisches Imperium postuliert, da es ihm um den Erhalt der eigenen Macht gehe. Die Absprache des Existenzrechts der Ukraine als Staat und Nation habe gezeigt, wie ernst diese historischen Erörterungen genommen werden müssen.

Auf die Bedeutung von Geschichtspolitik in der Ukraine verwies in der Folge Andreas Umland. Zu Beginn habe es sich bei der Verwendung historischer Bezüge in politischen Kontexten noch um innenpolitische Strategien gehandelt, wie beispielsweise bei der aktiven Geschichtspolitik unter Präsident Juschtschenko zur Rehabilitierung ukrainischer Unabhängigkeitskämpfer aus dem Zweiten Weltkrieg. Erst die russische Rhetorik habe die ukrainische Geschichte für außenpolitische Zwecke instrumentalisiert und so ein Sicherheitsdilemma geschaffen. Besonders habe sich das am Beispiel des nationalistischen Partisanenführers Stepan Bandera gezeigt, der in der Ukraine ein Symbol für den Unabhängigkeitskampf ist, während ihn die russische Propaganda als Teil des europäischen Faschismus darstelle.

Die ukrainische Geschichte sei selektiv dargestellt und passend umgedeutet worden, um so eine Bedrohung für Russlands Sicherheit zu konstruieren. Seit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine 2014 habe die Geschichtspolitik in der Ukraine jedoch nochmal eine ganz andere Dimension erhalten, so Umland. Es seien Nationalisierungstendenzen deutlich geworden, wie unter anderem Präsident Poroschenkos Versuche einer Dekommunisierung von 2015 zeigten. In diesem Zusammenhang verweise Hein-Kircher auf die Notwendigkeit, zwischen innen- und außenpolitischen Zielen der Geschichtspolitik zu unterscheiden.

Umland kritisierte zudem die Tatsache, dass das Bild, das Außenstehende von der Ukraine hätten, häufig ein Produkt russischer Propaganda und westlicher Berichterstattung sei. So sei die Bandera-Bewegung keinesfalls das zentrale Thema der ukrainischen Geschichtspolitik, andere Themen würden aber in der Außenperspektive kaum berücksichtigt. Dies sei problematisch, denn eigentlich spiele die Geschichtspolitik in allen osteuropäischen Staaten vor dem Hintergrund der jeweiligen Sicherheitslage eine besondere Rolle. Aust schloss sich dieser Kritik an und erörterte, dass es auch in Deutschland verschiedene Deutungen der Geschichte gebe, wie man anhand des unterschiedlichen Umgangs in Ost- und Westdeutschland mit der Kriegsschuld sehe.

Abschließend wurde die Frage diskutiert, ob diesbezüglich ein Paradigmenwechsel im Umgang mit der deutschen Geschichte und der daraus erwachsenden Verantwortung feststellbar sei. Für Aust war dies nach wie vor eine offene Frage, denn die vielbesprochene Zeitenwende sei für ihn auch eine Frage nach dem Umgang mit der Vergangenheit.

Die Veranstaltung wurde aufgezeichnet. Die Aufzeichnung können Sie hier abrufen: <https://youtu.be/4oowZam5nvo>



SICHERHEIT DURCH INTERVENTION?

Neben einer Debatte um die Instrumentalisierung historischer Narrative löste der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine auch eine politische und mediale Diskussion darüber aus, inwiefern vorgeblich humanitäre Zielsetzungen für die Begründung von militärischen Interventionen herangezogen werden sollten.

In historischer Perspektive ist dieser Nexus keinesfalls neu, sondern hat eine jahrhundertelange Tradition. Bei der zweiten Veranstaltung der Reihe diskutierten Christian WENZEL, Thilo MARAUHN und Caroline VON GALL darüber, ob der (vorgebliche) Schutz der Bevölkerung militärische Interventionen rechtfertige.

Wenzel stellte zu Beginn seine konzeptionellen Überlegungen über die Begründung militärischer Interventionen durch den Bezug auf Fragen der Sicherheit vor. Er definierte dabei Sicherheit als eine konstruktivistische und kommunikativ ausgehandelte Kategorie, deren Deutung situativ und vom jeweiligen Standpunkt abhängig sei. Folglich handle es sich um einen relationalen Begriff, der anhand der Frage nach „whose security?“ eingeordnet werden könne. Die Interpretation von Sicherheit beinhalte dadurch ein erhebliches Konfliktpotential. Ein enger Zusammenhang zwischen Sicherheit und Intervention, wie in der Leitfrage der Veranstaltung formuliert, existiere seiner Ansicht seit der Frühen Neuzeit. In dieser Zeit seien vornehmlich zwei Begründungsmuster zur Legitimation militärischer Interventionen herangezogen worden: einerseits der vorgebliche Schutz fremder Untertanen, deren (meta)physische Sicherheit durch die über sie herrschenden Personen nicht ausreichend gewährleistet war, andererseits der Zwang zur Intervention, wenn es darum ging, die eigene Reputation zu sichern.

Marauhn schloss sich Wenzels Definition von Sicherheit an. Da die Sicherheit des einen oft auch die Unsicherheit des anderen bedeute, seien Interventionen sowohl als Mittel der Sicherheitsproduktion als auch als Ursache eines Unsicherheitsproblems zu sehen. In seiner Rede am 24. Februar 2022 verwendete Russlands Präsident Vladimir Putin sowohl die Bedrohung der eigenen Sicherheit als auch den nötigen Schutz fremder Untertanen – in diesem Fall die russischsprachige Bevölkerung im Donbass – als Argumente, um den Krieg zu rechtfertigen. Hier werde deutlich, wie Sicherheit benutzt wird, um politisches Handeln und militärische Interventionen zu legitimieren.

Laut von Gall betone der Westen besonders häufig den Völkerrechtsverstoß Russlands. Ihr stelle sich jedoch auch die Frage, wie Völkerrecht im russischen staatlichen Diskurs verwendet werde. Generell werde das Völkerrecht häufig zur Rechtfertigung herangezogen. Seit der Annexion der Krim habe der argumentative Rückgriff darauf jedoch abgenommen. Das Völkerrecht

werde auf verschiedenen Ebenen instrumentell-strategisch genutzt: Es sei wichtig, um das eigene Handeln zu rechtfertigen. So werden für die Invasion in die Ukraine humanitäre Gründe und die Schutzverantwortung als Legitimation herangezogen, ebenso wie der vermeintliche Rechtsbruch des Westens mit dem Völkerrecht und die sich daraus ergebende Unsicherheitssituation für Russland. Darüber hinaus interpretiere Russland den eigenen gegenwärtigen Bruch mit der Norm des Völkerrechts aber auch als Zeichen der Stärke. Von Gall betonte die konsequente politische Instrumentalisierung des Völkerrechts zur Rechtfertigung von Invasionen. Auch wenn Putin die internationale Teilhabe am Völkerrecht und die Bindung daran immer wichtig gewesen sei, so habe er auch Vorbehalte dagegen gehegt. Deutlich zeige sich dies in den ständigen Verweisen auf die Souveränität Russlands. Von Gall warf dabei die Frage nach dem Umgang des Westens mit dieser Situation auf. Verweise auf die Verstöße des Völkerrechts seien elementar, gleichzeitig müsse man aber auch diskutieren, was die unterschiedlichen Wertvorstellungen in Russland und im Westen für das Völkerrecht bedeuten. Auch Wenzel verwies auf einen solchen Aushandlungsprozess über die Bedeutung des Völkerrechts.

Marauhn warf einen genaueren Blick auf die Bedeutung des Völkerrechts im Westen. Seiner Ansicht nach sei der Umgang damit schwierig und unsicher. In seiner Argumentation bezog er sich auf das Gewaltverbot der UN-Charta. Diese lege die Modalitäten der Konfliktausübung fest. Auch hier sei die Argumentation ‚Sicherheit durch militärische Intervention‘ zu finden. Ein Verstoß gegen das Gewaltverbot sei jedoch nur zum Schutz der internationalen Sicherheit erlaubt. Allerdings sei schon 1945 darüber gestritten worden, ob humanitärer Schutz und Schutzverantwortung legitime Gründe für eine Intervention seien. Leider versuche man heute nicht mehr, Modalitäten für die Konfliktausübung zu finden, sondern achte hauptsächlich auf die Motive eines Konflikts.

Da Marauhn einen Friedenszustand in der Ukraine vorerst für unmöglich hält, sollte das Ziel nun ein Waffenstillstand sein. Dafür brauche es aber eine gemeinsame Basis der Kommunikation zwischen Russland und dem Westen. Da dies jedoch nicht auf der Basis gemeinsamer Werte geschehen könne, betonte er die Rolle der Sprache. Durch klare Begrifflichkeiten könnten Interpretationsräume und Begriffsauslegungen des Waffenstillstands ausgeschlossen werden. Wenzel

merkte hierzu an, dass eine gemeinsame Gesprächsebene zu finden schwierig sei, wenn ein Bedrohungsnarrativ für die eine Seite zu einer Erzählung der Sicherheitsproduktion der anderen Seite werde, so wie es zwischen der Ukraine und Russlands der Fall sei.

Die Teilnehmenden sparten jedoch auch nicht mit Kritik am Westen. Von Gall zufolge habe dieser in vielen Situationen zu spät reagiert. Sie kritisierte auch die Struktur des multilateralen Völkerrechtvertrags. In einem kleineren Format hätte auf russischer Seite weniger unbemerkt ein abweichendes Verständnis des Völkerrechts entstehen können. Ihr sei jedoch die Differenzierung zwischen russischem Regime und Bevölkerung wichtig, denn lediglich ersteres hätte diese abweichende Deutung zu verantworten. Ebenso wie Marauhn plädierte sie dafür, dass Europa nicht auf die russische Interpretation eingehen dürfe. Marauhn wies darüber hinaus darauf hin, dass die deutsche Außenpolitik Verstöße gegen das Völkerrecht von russischer Seite kaum kritisiert und das Völkerrecht so geschwächt habe. Wenzel kritisierte zudem, dass Russland in der Vergangenheit nicht mehr Verständnis entgegengebracht wurde. Die Osterweiterungen der NATO seien damals von russischer Seite als Bedrohung wahrgenommen worden. Der Westen habe dies jedoch als Vorwand abgetan und nicht versucht, diese Angst nachzuvollziehen. Dadurch habe keine Basis für eine gemeinsame Kommunikation entstehen können.

Die Veranstaltung wurde aufgezeichnet. Die Aufzeichnung können Sie hier abrufen: https://youtu.be/tXnNJFx0_z0



KRITISCHE INFRASTRUKTUREN UND SICHERHEIT

Die dritte Veranstaltung der Reihe befasste sich mit der Frage, wie kritische Infrastrukturen eingesetzt werden, um Sicherheit herzustellen. Die Definition kritischer Infrastrukturen ist ein politischer Prozess, in dem Sicherheitsvorstellungen und Bedrohungsszenarien gleichermaßen inkludiert sind. Ihrem Schutz wird daher höchste Priorität beigemessen, um wirtschaftliche, soziale und politische Ziele und Handlungen zu rechtfertigen. Über die Definition und die Bedeutung kritischer Infrastruktur diskutierten Andreas LANGENOHL, Jochen MONSTADT, Anna Veronika WENDLAND und Carola WESTERMEIER. In seinem konzeptionellen Input definierte Langenohl

zunächst kritische Infrastrukturen und ordnete diesen die Sektoren Energie, Transport, Informationstechnologie sowie Finanzinfrastrukturen, beispielsweise Zahlungssysteme, zu. Dabei betonte er den Zusammenhang zwischen Infrastrukturen und ökonomischen Prozessen. Der politisch-ökonomische Bezugsrahmen von Sicherheit sei hierbei die Existenzsicherung von Interdependenzketten, welche die Gesamtwirtschaft konstituieren. Die Wirtschaft sei in ihrer Gesamtheit eine gigantische Infrastruktur, die in ihren einzelnen Arbeitsbereichen vulnerabel sei. Besonders stellte Langenohl die geopolitische Sicherheitsdimension von kritischen Infrastrukturen in den Vordergrund. Seit Beginn der russischen Invasion in die Ukraine habe diese Dimension an Bedeutung gewonnen und dominiere inzwischen andere Sicherheitsdefinitionen von Infrastrukturen. Geopolitisch ziele die Sicherung von Infrastrukturen letztendlich auf die Sicherung der Existenz, der Souveränität und der Interessen eines politischen Gemeinwesens im internationalen System ab. Der Grund für die erstaunlich schnelle Umsetzung von Sanktionen gegen Russland durch die Europäische Union liege auch an der Dominanz der geopolitischen Gefährdungswahrnehmung – die Bedeutung von Infrastrukturen für die Sicherheitspolitik sei erheblich. Wie anhand des russischen Angriffskriegs deutlich werde, würden Infrastrukturen sowohl als gefährdet als auch gefährdend wahrgenommen.

In der westlichen Außenpolitik werde die Gefährdung der kritischen Infrastrukturen momentan durch die Debatte um Unabhängigkeit in der Energieversorgung deutlich. Gerade in Konflikten werden Infrastrukturen jedoch auch zu einem Instrument der Geopolitik Russland gegenüber. Neben Energieinfrastrukturen seien so auch der Ausschluss aus dem SWIFT-System des russischen Banken- und Finanzsektors sowie Überflugs- und Landeverbote für russische Flugzeuge Sanktionsobjekte der westlichen Außenpolitik. In der westlichen Wahrnehmung von Sicherheit und Gefährdungsstrukturen in Bezug auf Russland sehe er einen Imperativ der Entflechtung von Infrastrukturen.

Am Beispiel des russischen Angriffs auf ein Kernkraftwerk in der Ukraine im März 2022 diskutierte Wendland die Problematik der Sicherheits- und Bedrohungswahrnehmung von Kernkraft in Krisengebieten. Kernkraft habe ein hohes Risikopotential und sei somit sowohl eine Sicherheits- als auch Unsicherheitsstruktur. Die Wahrnehmung sei dabei von den jeweiligen Akteur*innen

abhängig, wobei sie zwischen Betroffenen und Angegriffenen unterschied. Aus ukrainischer Sicht sei der Angriff auf das Atomkraftwerk ein Zivilisationsbruch und somit ein Verstoß gegen die Genfer Konventionen, die den Umgang mit solchen Infrastrukturen festlegen. Sowohl Angreifende als auch Angreifer dürften Atomkraftwerke, Staudämme und Deiche nicht zu Kriegszwecken verwenden. Laut Wendland haben Angriffe auf kerntechnische Infrastrukturen neben technischen und ökonomischen Folgen – wie die Schädigung des Gegners und die Bemächtigung zu eigenen Zwecken – auch kommunikative Funktionen. Der Angriff sei eine Machtdemonstration der russischen Seite. Daher sei die Attacke Russlands ganz gezielt nur auf das Verwaltungsgebäude und nicht auf die Kernkraftreaktoren gerichtet gewesen, so Wendland. Aber auch die Reaktion der Ukraine sei als Form der politischen Kommunikation zu interpretieren. Das Ereignis sei als Appel an die Unterstützung der westlichen Länder genutzt worden. Um hier Unterstützung zu mobilisieren, sei dabei auf die Rhetorik eines großen Atomunfalls zurückgegriffen worden.

Westermeier erläuterte die politische Praxis von Sanktionen und hob die dabei entstehenden Paradoxien hervor. Aus westlicher Sicht seien Sanktionen zur Zeit die sicherheitspolitisch relevantesten Maßnahmen. Sie sollen militärische Mittel nicht ergänzen, sondern ersetzen. Ohne infrastrukturelle Kontrolle sei dies jedoch nicht möglich. Nur wer Zugriff auf Infrastrukturen habe, könne Sicherheitsinteressen auch entsprechend durchsetzen, denn Infrastrukturen seien Angriffs- und Kontrollpunkte und somit essentiell für Sicherheitspraktiken. Militärische Operationen hätten deshalb oft kritische Infrastrukturen als Ziel. Westermeier machte darauf aufmerksam, dass der infrastrukturelle Zugriff global ungleich und lediglich zugunsten des Nordens verteilt sei. Infrastrukturelle Kontrolle sei mit politischer Sicherheitsmacht verbunden. Dies habe jedoch auch eine paradoxe Wirkung. Als nach der Annexion der Krim 2014 Russland die ersten Finanzsanktionen auferlegt wurden, sei dort über Alternativen zum SWIFT-System nachgedacht worden, um sich zukünftigen Sanktionen entziehen zu können. Die sicherheitspolitische Nutzung von Infrastrukturen führe somit auch zu paradoxen Entwicklungen. Ähnlich wie Langenohl sah sie hierbei eine geopolitisch motivierte Entwicklung hin zu Entflechtung. Zumeist auf Konnektivität beruhende Infrastrukturen würden nun zunehmend fragmentiert. Lokale und nur punktuell vernetzte Infrastrukturen könnten die Wirkung von Sanktionen schwächen.

Die zentrale Rolle der Städte in der Kriegsführung hob Monstadt in seinem Beitrag hervor. Städtisch vernetzte Infrastrukturen seien zum zentralen Bestandteil moderner Militärstrategien geworden. Gerade durch Städte habe die Konfliktausübung eine neue Dimension erhalten. Zum einen seien moderne Städte Knotenpunkte von Infrastrukturen. Die einzelnen Infrastrukturen seien stark voneinander abhängig, so sei zum Beispiel die Energieinfrastruktur eine wichtige Voraussetzung für die Funktionsweise anderer Infrastrukturen. Bei Infrastrukturausfällen habe das kaskadenartige Auswirkungen auf das soziale und wirtschaftliche Leben. Gerade in technisch hochentwickelten Städten sei die Abhängigkeit von und die Vulnerabilität von Infrastrukturen stark gestiegen. Zudem hätten insbesondere Russland und USA militärische Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen unternommen, um Waffen gegen städtische Infrastrukturen zu entwickeln. Der russische Krieg gegen die Ukraine mache die Interdependenz der städtischen Infrastrukturen deutlich. Angriffe auf den Energie- und Wassersektor, Eroberungen von Ölraffinerien und Gasleitungen, die Bombardierung von Kraftwerken und Sabotage von Übertragungsleitungen führten in ukrainischen Städten zu lebensbedrohlichen Infrastrukturausfällen. Auch moderne Kommunikationsinfrastrukturen würden in vielfältiger Weise in geopolitischen Auseinandersetzungen genutzt, so Monstadt. Ein typisches Beispiel seien Cyberangriffe. Die Teilnehmenden teilten jedoch den Eindruck, dass diese im Krieg von russischer Seite aus erstaunlich selten eingesetzt, sondern eher auf konventionelle Kriegsmethoden zurückgegriffen werde.

Krieg in Europa: Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen

Bericht: Gemma Pörzgen

Die europäische Friedensordnung ist mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine in ihren Grundfesten erschüttert. Der Krieg ist ein Umbruch mit Konsequenzen nicht nur für die Ukraine und Russland, sondern weit über die Region hinaus.

Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) stellte deshalb die Debatte über die sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen dieser Eskalation in den Mittelpunkt ihrer Jahrestagung in Bonn. Dabei ging es auch um die Analyse des Paradigmenwechsels von der internationalen Interdependenz zur Entflechtung in allen relevanten Politikfeldern.

Angesichts des Angriffs Russlands auf die europäische Friedensordnung sei der Titel der Konferenz sehr bewusst gewählt, sagte DGO-Präsident Ruprecht POLENZ zur Eröffnung. Die Trennungslinie verlaufe nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen denen, die die globale, gesetzmäßige Ordnung stärken wollten und denen, die das nicht täten.

PROLOG AUS KYJIW, MINSK UND MOSKAU

Mit persönlichen Erklärungen waren die ukrainische Schriftstellerin Yevhenia BELORUSETS aus Kyjiw

und der Schriftsteller Viktor MARTINOVICH aus Minsk per Video zugeschaltet. Die Zukunft Europas und unseres Wertesystems entscheide sich anhand der existentiellen Frage nach der Unterstützung der Ukraine, sagte Belorsets. Martinovich erinnerte daran, wie aktuell die Schriften der Philosophin Hannah Arendt und ihre Gedanken über „kollektive Verantwortung“ heute seien.

Die Publizistin Irina PROKHOROVA aus Moskau sprach unter

anderem von den engen Verbindungen zwischen Russland und der Ukraine: Jede dritte russische Familie habe ukrainische Angehörige. „Es ist ein persönliches Desaster, was da geschieht.“

DGO-Jahrestagung
16.–17. Juni 2022,
Gustav-Stresemann-Institut Bonn

In Kooperation mit der
Deutschen Stiftung
Friedensforschung



v.l.n.r.: Jörn Leonhard, Jan Kusber, Kateryna Mishenko

DIE GRENZEN DER ANALOGIEN

Eine erste historische Einordnung des Ukraine-Krieges als mögliche Zäsur in der Geschichte Europas wagte der Freiburger Historiker Jörn LEONHARD in seinem Eröffnungsvortrag über „Die Grenzen der Analogien: Der Krieg in der Ukraine als historische Zäsur“. Zur Erfahrung von Kriegen in der Geschichte gehöre regelmäßig, dass Szenarien, Pläne, Erwartungen, Prognosen einerseits und Dynamiken der Gewalt andererseits auseinanderfielen und damit den Formwandel des Krieges beschleunigten, sagte Leonhard. „Der Ausbruch großer und zunächst unabsehbar langer Kriege erschüttert Gesellschaften, weil das Denken in langen Kontinuitäten und Fortschrittsszenarien auf den Prüfstand kommt“, so der Historiker. Jeder Kriegsbeginn sei eine Hoch-Zeit für Welterklärer und die Produzenten von Verschwörungserzählungen. Leonhard warnte vor dem leichtfertigen Gebrauch historischer Vergleiche: „Geschichte muss abkühlen, bevor sie analysiert werden kann.“

In der anschließenden Diskussion warf Schriftstellerin Kateryna MISHENKO die Frage auf, wer die Geschichte der Ukraine in der Zukunft erzählen werde. „Mich interessiert die Frage der Subjektivität, wie Geschichte erzählt wird und wer sie erzählt.“ Die ukrainische Subjektivität sei bedroht und es sei möglich, dass die Ukraine verschwinde, denn das sei das Ziel des russischen

Krieges. Analogien hätten einen politischen Hintergrund, wenn man beispielsweise den russischen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine mit dem „Nazi-Krieg“ vergleiche. Sie könnten Handlungsforderungen beinhalten.

KAMPF DER ORDNUNGEN

In der Podiumsdiskussion über den Kampf der Ordnungen sah die Moskauer Politologin Tatiana VOROZHEIKINA, die Verantwortung für den Krieg nicht nur bei Putin; auch die russische Bevölkerung sei in der „kollektiven Verantwortung“. In den vergangenen 30 Jahren habe sich die russische Gesellschaft in einer Weise transformiert, in der die Interessen der Bevölkerung wenig berücksichtigt worden seien und der autoritäre Charakter beibehalten worden sei. Die Kriegsverbrechen in den ukrainischen Ortschaften wie Butscha oder Ilpin hätten ihre Vorläufer bereits in Tschetschenien gehabt. Sie sprach von einer „faschistischen Bedrohung“ durch die russische Führung. Anders aber als 2014 gebe es im öffentlichen Raum wenig sichtbare Unterstützung für den Krieg.

Nadia KOVAL vom Ukrainischen Institut in Kyjiw betonte, dass Ukrainer*innen und Russ*innen sehr unterschiedliche Wertvorstellungen hätten. Während für die Ukrainer die „Freiheit“ im Mittelpunkt stehe, gehe es Russen vor allem um „Ordnung“. Es gebe in



Ulrich Schneckener

ihrer Heimat eine noch nicht konsolidierte Demokratie, die aber im Fortschritt begriffen sei. Koval verwies auf die freien Wahlen und friedlichen Regierungswechsel in der Ukraine in den vergangenen Jahren.

Der Publizist Ralf FÜCKS von der Berliner Denkfabrik „Liberale Moderne“ sprach von einem „Kolonialkrieg“, der in der langen Linie des russischen Imperiums stehe. „Der Prozess der Dekolonialisierung ist in den 1990er Jahren nie abgeschlossen worden“, sagte Fücks. „Die Ukraine war immer das Kronjuwel des Imperiums“. Fücks wertete das Geschehen in der Ukraine als Teil eines umfangreicheren Krieges gegen den Westen. Es gehe um den Umsturz der globalen liberalen Weltordnung. Der Krieg in der Ukraine sei deshalb auch eine Bewährungsprobe für die Handlungsfähigkeit und Standhaftigkeit des Westens.

VON INTERDEPENDENZ ZU ENTFLECHTUNG

Den Konsequenzen für die Wirtschaft wendete sich die folgende Diskussionsrunde zu. Die nach Berlin geflüchtete russische Journalistin Angelina DAVYDOVA machte deutlich, dass der russische Finanzsektor bislang mit den Sanktionen erfolgreich habe umgehen können. Im Technologiesektor werde man dagegen spätestens im Herbst erleben, dass viele Unternehmen ihre Produktion einstellen müssten, weil die Sanktionen sich auswirken

würden. Die große Frage bleibe, ob parallele Importe über Drittstaaten Lücken in der Versorgung füllen könnte und welche Rolle China in Zukunft einnehme. „China hat in Russland nicht investiert“, sagte Davydova. Die Volksrepublik habe die globale Lage im Blick. Aus London war die frühere ukrainische Präsidentin der Nationalbank der Ukraine, Valeria GONTAREVA, per Video zugeschaltet. Sie wagte einen optimistischen Ausblick. Der Krieg in der Ukraine sei im Winter vorbei und das Land habe von den G7-Staaten und anderen Geldgebern ein umfangreiches Wiederaufbauprogramm zu erwarten. „Die ukrainische Wirtschaft ist eine gute und diversifizierte Wirtschaft“, sagte sie. In zwei bis drei Jahren werde die Ukraine vom Kandidaten zum EU-Mitglied werden, so Gontarevas Prognose. Der Prager Wirtschaftsberater Petr ZAHRADNÍK verwies auf die zentrale Bedeutung der Abhängigkeit von russischem Öl und Gas innerhalb der EU. Er hob die beispiellose Solidarität mit der Ukraine und die strategische Einheit im Hinblick auf die Energie-Abhängigkeit hervor, mahnte aber auch an, dass dies keinesfalls ausreiche, um den Krieg zu beenden.

BEGINN ODER ENDE DER ABSCHRECKUNG?

In Deutschland sei zu lange gedacht worden, die europäische Sicherheit könnte nur gemeinsam mit Russland gestaltet werden, kritisierte die Berliner Politologin Jana PUGLIERIN vom „European Council on Foreign



Tatiana Vorozheikina

Relations“ (ECFR), in der anschließenden Debatte über Sicherheit in Europa. Die Bundesrepublik habe sich zu sehr als zivile Handelsmacht eingerichtet und auf Sicherheitsgarantien der USA und NATO verlassen. Außerdem sei ein Landkrieg in Europa in Deutschland nicht mehr vorstellbar gewesen. Nun gebe es nach der „Zeitenwende“ keinen Weg mehr zurück. Puglierin rügte, dass die öffentlichen Debatten sich dennoch zu sehr um eine deutsche Nabelschau drehten und zu wenig darum, wie es in der Ukraine weitergehe. Putin dürfe mit dem Versuch einer nuklearen Erpressung nicht durchkommen. Die estnische Expertin für Cyber-Sicherheit, Merle MAIGRE, äußerte die Sorge, dass viele Menschen des Krieges bereits müde würden und das Thema von den Titelseiten verschwinde. Dabei handele es sich in diesen Wochen um eine entscheidende Phase des Krieges. In Europa werde keine Grenze mehr sicher sein, wenn Putin seine Ziele erreiche. „Die Tür in die NATO und in die EU muss offenbleiben“, forderte sie. Das gelte für die Ukraine, Georgien und den Westbalkan.

„Die deutsche Politik sollte künftig der Osteuropafor- schung zuhören und nicht nur dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft“, sagte der Friedens- und Konfliktforscher Ulrich SCHNECKENER. Die Russlandpolitik sei zu stark einem Interdependenzmodell gefolgt und die Pipeline Nordstream 2 sei das Symbol dafür. Dies habe aber zu einer Lebensgefährdung

des osteuropäischen Raumes geführt. Die eigentliche Zeitenwende sei bereits 2014 erfolgt. Aber die Anne- xion der Krim sei in der Bundesrepublik noch nicht so wahrgenommen worden. Dem „Neo-Realismus“ als Erklärungsmuster für die Polarisierung des Diskurses erteilte er eine Absage; er habe wenig dazu beigetra- gen, das Geschehen zu erklären. Der Moderator des Panels, Andreas HEINEMANN-GRÜDER, warnte, dass der EU keine Zeit bleibe. „Biden ist möglicher- weise der letzte Transatlantiker“, sagte der Bonner Politologe über die Entwicklungen in der US-Poli- tik. „Ohne die USA wäre die Ukraine verloren.“

BLICK IN DIE GESELLSCHAFT

Das Abschlusspanel widmete sich dem Zustand der Gesellschaften im Schatten des Krieges. DGO-Ge- schäftsführerin Gabriele FREITAG erinnerte daran, wie groß die Irritation in Deutschland darüber sei, dass es in Russland für den Ukraine-Krieg viel Zustimmung gebe. „Russland ist eine postsowjetische Gesellschaft, anders als die Ukraine“, sagte dazu Denis VOLKOV, Leiter des Moskauer Umfrageinstitut „Levada Zen- trum“. In der Russischen Föderation seien staatliche Institutionen wie der Geheimdienst und andere Si- cherheitsdienste seit den 1990 Jahren nie reformiert worden. Der Krieg habe nun dazu beigetragen, dass der Westen unpopulär sei. Vor allem Deutschland



Jana Puglierin

werde inzwischen sehr negativ gesehen. Allerdings interessierten sich junge Russ*innen tendenziell weiter für westliche Kultur und Musik. Sie hätten eine positivere Einstellung als die älteren. Kritisch äußerte sich Volkov dazu, dass russische Student*innen nicht mehr in der EU studieren könnten. Das sei langfristig wenig hilfreich und sende das falsche Signal.

Die Ukraine habe sich dagegen dramatisch verändert, sagte der über Video zugeschaltete Soziologe Tymofii BRIK von der „Kyiv School of Economics“. Umfragen zeigten, dass die Ukrainer die EU-Integration ebenso unterstützten wie eine Marktwirtschaft und Demokratie. Brik berichtete zudem, dass Umfragen zeigten, dass die Hälfte aller Ukrainer immer noch Kontakt zu Verwandten und Freund*innen in Russland hätten. „Viele halten Kontakt“, sagte er. Doch die meisten Ukrainer beklagten, dass ihre russischen Verwandten in der Russischen Föderation von der Staatspropaganda beeinflusst seien.

Die inzwischen im Exil lebende belarussische Philosophin Olga SHPARAGA berichtete, dass 2020 jeder Fünfte an den Protesten gegen das Regime von Aljaksandar Lukaschenka teilgenommen habe. Seither seien rund 750 NGOs geschlossen worden, tausende Oppositionelle wurden verhaftet oder verließen das Land. Umfragen in Belarus zeigten, dass es nur wenig Unterstützung für den russischen Krieg gebe. „Selbst Anhänger von Lukaschenka sind mehrheitlich gegen den Krieg.“ Mehr als 500 Freiwillige aus Belarus kämpften auf der ukrainischen Seite, sagt Shparaga. Die DGO wolle den Dialog mit Wissenschaftler*innen aus der Ukraine, Belarus und Russland weiterführen, versicherte Freitag in ihrem Schlusswort am Ende der Konferenz.

Die Aufzeichnung aller Vorträge und Diskussionen finden Sie hier: <https://www.youtube.com/playlist?app=desktop&list=PLjZ0CtIYBKz4Yo93g9Ud5-RWzoqaH6e8L>



Impressum

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V.
Schaperstr. 30
10719 Berlin

Geschäftsführung:
Dr. Gabriele Freitag

T 049 (0) 30 214 784 12
F 049 (0) 30 214 784 14
E info@dgo-online.org
W dgo-online.org

Redaktion und Satz: Dr. Sebastian Lambertz
Satz: Marta Warmińska
Redaktionsschluss: 27. Juli 2022

Fotos auf den Seiten: 14 – ©Copyright Bundesstiftung Aufarbeitung, Dong-Ha Choe;
26 – ©Michael Jordan; 28 – ©Sebastian Lambertz; 33 – © Volker Lannert/Uni-Bonn, Uwe Engel;
49–52 – ©Michael Jordan

Die DGO erhält eine institutionelle Förderung vom Auswärtigen Amt.

